

Antimuslimischer Rassismus in der österreichischen Politik

Antimuslimische Abwertungs-, Ausgrenzungs-, Feindbild-,
Generalisierungs- und Hetzkampagnen im Jahr 2019

Inhaltsverzeichnis

Hintergrund	3
Definition von antimuslimischem Rassismus	5
Entwicklung und Fallbeispiele der vergangenen Jahre	7
Antimuslimischer Rassismus in der Politik – Chronologie 2019	16
Resümee und Forderungen nach Gegenmaßnahmen	51

Hintergrund

Dieser Bericht widmet sich dem Phänomen des antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik. Er beleuchtet antimuslimische Handlungen und Agitation von maßgeblichen politischen Akteurinnen und Akteuren in Österreich. Ziel des Berichtes ist eine Schärfung des öffentlichen Bewusstseins für das gefährliche antidemokratische Phänomen antimuslimischer Rassismus.

Der erste Bericht von SOS Mitmensch zu antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik wurde Anfang 2019 veröffentlicht und widmete sich Vorkommnissen im Jahr 2018. Der vorliegende Bericht beleuchtet das Jahr 2019 und fokussiert auf eindeutige Fälle von antimuslimischem Rassismus sowie auf Aussagen und Handlungen mit einer deutlich erkennbaren antimuslimisch-rassistischen Tendenz. Nicht behandelt werden umstrittene und verfassungsrechtlich bedenkliche Maßnahmen, die von der Politik als Kampf gegen Fundamentalismus, Geschlechterungleichbehandlung und Geschlechtertrennung kommuniziert werden, die in den vergangenen Jahren aber nahezu ausschließlich auf eine einzige Religion und ihre Angehörigen fokussiert wurden. Des Weiteren nicht behandelt werden in diesem Bericht antimuslimisch-rassistische Handlungen und Übergriffe im Alltag. Diese werden sowohl im „Rassismus Report“ der Antirassismusstelle ZARA¹ als auch im Bericht der „Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus“² erfasst.

Die politische Agitation gegen Musliminnen und Muslime hat in den vergangenen Jahren in Österreich deutlich zugenommen. Das Abwerten von Menschen alleine aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit sowie das Schüren von Angst, Hass, Neid und Missgunst ist kein politisches Randphänomen mehr, sondern in das Zentrum der Politik gerückt. Auch Personen, die mit hohen politischen Funktionen und viel politischer Macht ausgestattet sind, beteiligen sich an der Aufwiegelung und Aufhetzung gegen Musliminnen und Muslime.

Zentrale Akteurin des offenen antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik war und ist die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Im Jahr 2019 beteiligten sich allerdings auch namhafte PolitikerInnen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) an Abwertungs-, Ausgrenzungs- und Generalverdachtskampagnen gegen Musliminnen und Muslime.

Antimuslimischer Rassismus ist eine Gefahr für die Betroffenen und für unsere Demokratie, weil er Menschen ausgrenzt und verletzt, das Zusammenleben torpediert, die Gesellschaft spaltet, den Nährboden für Diskriminierung und Gewalt schafft und radikale Gegenbewegungen befeuert. Ermutigt werden antimuslimisch-rassistische Kampagnen durch die Tatsache, dass es in Österreich bislang keine breite politische Ächtung von antimuslimischem Rassismus gibt. Während der Kampf gegen Antisemitismus zurecht als wichtiges Thema kommuniziert wird, gibt es bis dato kein durchgehendes Bekenntnis der Spitzenpolitik zum Kampf gegen antimuslimischen Rassismus. Mitglieder der vergangenen ÖVP-FPÖ-Bundesregierung waren sogar maßgebliche Akteurinnen und Akteure antimuslimischer Agitation – ohne dabei im Regelfall auf nennenswerten Widerspruch oder gar Protest von Seiten anderer Regierungsmitglieder zu stoßen.

¹ ZARA Rassismus Report 2018: https://assets.zara.or.at/download/pdf/ZARA-Rassismus_Report_2018-144.pdf

² Antimuslimischer Rassismus Report 2018 der „Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus“ <http://dokustelle.at/wp-content/uploads/2019/07/ARR-2018.pdf>

Erst der im Jänner 2019 von SOS Mitmensch erstmalig veröffentlichte Bericht zu antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik hat zu Reaktionen eines großen Teils der österreichischen Spitzenpolitik geführt. Die Bundesparteivorsitzenden von SPÖ, NEOS, JETZT und Grünen reagierten nach Rückfrage von SOS Mitmensch mit schriftlichen Stellungnahmen, in denen sie antimuslimische Hetzkampagnen verurteilten. Auch alle neun Landeshauptleute und zahlreiche Landesparteivorsitzende verurteilten in schriftlichen Stellungnahmen jegliche Form von Rassismus. Demgegenüber wollten sich die Bundesparteivorsitzenden von ÖVP und FPÖ nicht gegen antimuslimischen Rassismus äußern.

Die Hetzkampagnen der vergangenen Jahre gegen Musliminnen und Muslime sowie die Weigerung der ÖVP-FPÖ-Regierung, antimuslimischen Rassismus zu ächten, sind nicht ohne Wirkung geblieben. Laut Integrationsbarometer des Österreichischen Integrationsfonds hat sich die Wahrnehmung des Zusammenlebens von MuslimInnen und Nicht- MuslimInnen in den vergangenen zwei Jahren verschlechtert. Darüber hinaus gaben in einer von der Universität Salzburg ausgewerteten Umfrage des Sozialen Survey Österreich zu Einstellungen der österreichischen Bevölkerung zu Musliminnen und Muslimen 35 Prozent der Befragten an, eine negative Einstellung zu haben – so viele wie bei keiner anderen durch Religion definierten Gruppe. Bei Christen macht dieser Wert 5 Prozent aus, bei Juden 16 Prozent. Mehr als 40 Prozent der Befragten gaben an, „Muslime sollten nicht die gleichen Rechte wie alle in Österreich haben“.

Angesichts dieser alarmierenden Umfragedaten ist es dringend geboten, jeglichen Anfängen in Richtung Abwertung, Ausschluss und Diskriminierung von Menschen alleine aufgrund ihrer angenommenen oder tatsächlichen Religionszugehörigkeit entschlossen entgegenzutreten.

Dieser Bericht richtet sich an alle Menschen in Österreich, aber ganz besonders an die Spitzenpolitik, und fordert einen konsequenten Kampf gegen antimuslimischen Rassismus wie auch gegen andere Formen des Rassismus und der Diskriminierung. Siehe dazu auch die konkreten Forderungen am Ende dieses Berichts.

Definition von antimuslimischem Rassismus

Rassismus ist eine gruppenbezogene Unrechts-, Unterdrückungs- und Gewaltideologie, die Menschen aufgrund einzelner Merkmale – wie tatsächlicher oder zugeschriebener Herkunft, Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit – herabwürdigt, ihrer Sicherheit beraubt, Chancen zunichtemacht, Freiheiten einschränkt und im Extremfall in Vertreibung, Verfolgung und Mord mündet. Rassismus ist unvereinbar mit Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit.

Antimuslimischer Rassismus steht für den Angriff auf Menschen alleine aufgrund ihrer angenommenen oder tatsächlichen muslimischen Religionszugehörigkeit. Antimuslimischer Rassismus raubt Menschen ihre Individualität und beurteilt sie nicht nach ihrem konkreten Handeln, sondern nach pauschalen Vorurteilen. Antimuslimischer Rassismus wertet Menschen ab, macht sie zum Ziel von Generalverdachts- und Hasskampagnen, bedroht sie und bildet die Grundlage für Diskriminierung und Übergriffe.

Antimuslimischer Rassismus in der Politik umfasst das antimuslimisch-rassistische Handeln und die Agitation von politischen Akteurinnen und Akteuren, seien es politische Organisationen, parteipolitische Funktionärinnen und Funktionäre oder politische Amtsträgerinnen und Amtsträger.

Antimuslimischer Rassismus umfasst nicht die faktenbasierte kritische Auseinandersetzung mit Religion oder mit konkreten individuellen Handlungen von Personen oder Organisationen, sondern er umfasst den kollektiven und undifferenzierten Angriff auf Menschen und Institutionen alleine aufgrund einer Vorurteils- und Hassideologie.

Im vorliegenden Bericht wird dann und nur dann von antimuslimischem Rassismus gesprochen, wenn

- generalisierende Aussagen über Musliminnen und Muslime getätigt werden, die diese pauschal herabwürdigen bzw. negativ abstempeln.
- eine Bebilderung bzw. Bildsprache zur Anwendung kommt, die Musliminnen und Muslime herabwürdigt und/oder pauschal negativ abstempelt.
- Musliminnen und Muslime in entmenschlichender Weise dargestellt werden.
- das Vorhandensein von Musliminnen und Muslimen in Österreich per se als etwas pauschal Negatives oder Bedrohliches dargestellt wird.
- Musliminnen und Muslime ohne sachlichen Zusammenhang in negativen Kontexten abgebildet werden.
- Musliminnen und Muslime als homogenes problembehaftetes Kollektiv konstruiert und diskriminierende Zwangsmaßnahmen gegen dieses „homogene Kollektiv“ gefordert werden.
- MuslimInnen kollektiv als privilegierte gesellschaftliche Gruppe dargestellt werden.
- MuslimInnen zu Sündenböcken für unpopuläre politische Entscheidungen gemacht werden.
- Probleme oder negativ wahrgenommene Themen und Phänomene ohne sachliche Begründung alleine auf Musliminnen und Muslime reduziert und damit antimuslimisch aufgeladen werden.
- kollektiv entrechtende und diskriminierende Forderungen gegen Musliminnen und Muslime erhoben werden.

- Musliminnen und Muslimen die Möglichkeit, vollwertige Bürgerinnen und Bürger Österreichs zu sein, pauschal abgesprochen wird.
- eine strikte und unauflösliche kollektive Trennlinie zwischen „den Österreichern“ und „den Muslimen“ gezogen wird bzw. Musliminnen und Muslime kollektiv zu „AusländerInnen“ erklärt werden.
- Rechte und Wünsche von MuslimInnen, die bei Angehörigen anderer Religionen nicht kritisiert werden, ohne sachliche Begründung pauschal abgewertet und als Bedrohung gebrandmarkt werden.
- Wertschätzendes und respektvolles Verhalten gegenüber Musliminnen und Muslimen pauschal skandalisiert wird.
- MuslimInnen durch pauschale Abstempelung ihrer Religion als „ewig fremd“ selbst auch zu „ewigen Fremden“ erklärt und aus der Gesellschaft „für ewig“ ausgegrenzt werden.
- die Existenz von antimuslimischer Hetze pauschal geleugnet wird.

Entwicklung und Fallbeispiele der vergangenen Jahre

Antimuslimischer Rassismus ist bereits seit einigen Jahren – mit zunehmender Intensität – in der österreichischen Politik verankert. Trat er anfangs vorwiegend in Wahlkampfzeiten auf, so ist inzwischen bei Teilen der Politik eine permanente antimuslimisch-rassistische Kampagne zu bemerken. Im Folgenden einige Fallbeispiele, die stellvertretend für den antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Spitzenpolitik stehen:

Anfang 2015 forderte der oberösterreichische FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner einen „Stopp des Zuzugs“ von Musliminnen und Muslimen:³

*„Wer aber Teil unserer Gesellschaft werden will, ist willkommen.
Außer den Muslimen, für deren Zuzug es einen Stopp geben soll.“*
Manfred Haimbuchner im „Kurier“

In der Steiermark suggerierte 2015 eine Kampagne der FPÖ, dass „die Steirer“ und „der Islam“ zwei vollkommen getrennte Sachen seien, „die Steirer“ also keine (gläubigen) Musliminnen und Muslime sein können und (gläubige) Musliminnen und Muslime keine Steirer sein können:



Während des Bundespräsidentenwahlkampfes 2016 versuchte FPÖ-Kandidat Norbert Hofer die Bevölkerung gegen Musliminnen und Muslime aufzuwiegeln, indem er sagte: „Kennt ihr einen Moslem, der im Pflegebereich arbeitet, der bereit ist, unseren Senioren vielleicht die Windeln zu wechseln? Ich kenne das nicht“. Daraufhin erklärte der Sprecher der Caritas, Klaus Schwertner: „Allein bei der Caritas Wien sind 130 muslimische Pfleger und Pflegerinnen beschäftigt.“⁴

Der frühere FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache verwendete über einen Zeitraum von fast zehn Jahren in Wahlkämpfen immer wieder denselben Satz in unterschiedlichen Varianten, um gegen Musliminnen (und Muslime) aufzuwiegeln: „Willst du eine soziale Wohnung haben, musst du nur ein Kopftuch tragen.“⁵ Zuletzt versuchte er im März 2017 mit diesem Satz eine Menschenmenge zum Kochen zu bringen.⁶

Im Juni 2017 beschwerte sich der oberösterreichische FPÖ-Vize-Landeshauptmann Manfred Haimbuchner über an Musliminnen und Muslime gerichtete Ramadan-Wünsche des damaligen

³ Siehe: <https://kurier.at/chronik/oberoesterreich/manfred-haimbuchner-der-islam-bedroht-unsere-gesellschaft/119.450.446>

⁴ Siehe: <https://kurier.at/einfache-sprache/norbert-hofer-kennt-keine-muslimischen-pfleger/231.333.227>

⁵ Siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=BlvhRhr9Bds>

⁶ Siehe: <https://orf.at/v2/stories/2381529>

Außen- und Integrationsministers Sebastian Kurz. Haimbuchner sprach in diesem Zusammenhang von „Anbiederung an die Muslime“:⁷



Manfred Haimbuchner

Diese Seite gefällt mir · 25. Juni · 🌐

ÖVP-Chef Sebastian Kurz beglückwünscht die Muslime zum Ende des Ramadan – Christi Himmelfahrt war ihm egal. Wie die Anbiederung an die Muslime mit seiner Forderung nach Schließung der islamischen Kindergärten zusammenpasst, ist mir ein Rätsel.

Im August 2017 bezeichnet der damalige ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus die Stadtregierung als „Verräter“, weil in Wien „soviel Staatsbürgerschaften wie noch nie verliehen werden“ (was laut Statistik Austria falsch ist, Anm.⁸) und weil diese Staatsbürgerschaften „vor allem an Bosnier, Türken und Kosovaren“ (Personen mit Staatsbürgerschaften aus diesen drei Ländern machten im Jahr 2017 knapp über 29 Prozent der österreichischen Staatsbürgerschaftsverleihungen aus) verliehen werden. Damit würde „die Islamisierung“ gefördert und „unsere Identität bewusst zerstört werden“, so Gudenus.⁹



Johann Gudenus 😡 verärgert.

21 Std. · 🌐

Die SPÖ verleiht in Wien soviel Staatsbürgerschaften wie noch nie.
Vor allem an Bosnier, Türken und Kosovaren.
Die SPÖ fördert damit die Islamisierung unserer Heimatstadt.
Ein gezielter Bevölkerungs- und Wähleraustausch! Eine bewusste Zerstörung unserer Identität.
Nicht mit uns!
Der 15.10. bietet die Gelegenheit für eine saftige Denkmahlwahl gegen rot-grünen Verräter!!!

Im Sommer und Herbst 2017 wurde die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner von verschiedenen niederösterreichischen FPÖ-Politikern (darunter auch dem jetzigen

⁷ Siehe:

<https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/photos/a.673561579371188/1504194109641260/?type=3&theater>

⁸ Siehe:

https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/einbuengerungen/022746.html

⁹ Siehe: https://www.facebook.com/jgudenus/posts/1522920037761490?_tn=-R

Landesrat Gottfried Waldhäusl¹⁰ und FPÖ-Klubobmann Udo Landbauer¹¹) in Presseaussendungen als „Moslem-Mama“ bezeichnet:



Im November 2017 warnte die FPÖ auf ihrer offiziellen Facebook-Seite vor einem Anstieg der muslimischen Bevölkerung in Österreich. Sie postete dazu ein Bild mit einem Mädchen mit Kopftuch und einem Buben mit Kopfbedeckung:¹²



¹⁰ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170915_OTS0053/fp-waldhaeusl-fpoe-initiative-zeigt-wirkung-oevp-noe-stoppt-landesfoerderung-fuer-dubiosen-asylverein

¹¹ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171119_OTS0011/fp-landbauer-oevp-moslem-mama-mikl-gibt-offiziellen-islamisierungsauftrag-fuer-unsere-kleinsten

¹² Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/984608975013705/?type=3&theater>

Im Jahr 2018 hielt der antimuslimische Rassismus erstmals Einzug in die österreichische Bundesregierung. Mit der Angelobung der Regierung aus ÖVP und FPÖ wurden einige der Hauptakteure des antimuslimischen Rassismus mit Regierungsmacht und Regierungsämtern ausgestattet. Kurz nach Regierungseintritt startete die FPÖ eine Kampagne gegen Musliminnen und Muslime, die an die Häufigkeit des Namens „Muhammed“ anknüpfte. Den Startschuss machte der damalige FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky. Er postet auf Facebook ein Bild mit dem Text: „Muhammed ist dritthäufigster Vorname in Wien“. Vilimsky kommentiert das Bild mit den Worten: „Besorgniserregend! In Brüssel und London ist Mohammed schon der beliebteste Vorname für neugeborene Buben. Wien ist auch am Weg dorthin. Das will ich nicht!“¹³

Muhammed ist dritthäufigster Vorname Wiens



Im März 2018 bezeichnete der oberösterreichische FPÖ-Vizepräsident Manfred Haimbuchner auf Facebook Musliminnen und Muslime generalisierend als „schwer vermittelbar“ und brachte sie kollektiv in Zusammenhang mit „Arbeitsverweigerung“.¹⁴



Im Mai 2018 skandalisierte der damalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus die Verleihung von Staatsbürgerschaften an Musliminnen und Muslime und sprach ihnen damit das Recht ab, vollwertige Bürgerinnen und Bürger in Österreich zu sein.: „Wien verleiht hunderten Muslimen in nur drei Monaten die Staatsbürgerschaft“, lautete der Schriftzug auf einem von ihm

¹³ Siehe:

<https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.547636725355279/1532947133490895/?type=3&theater>

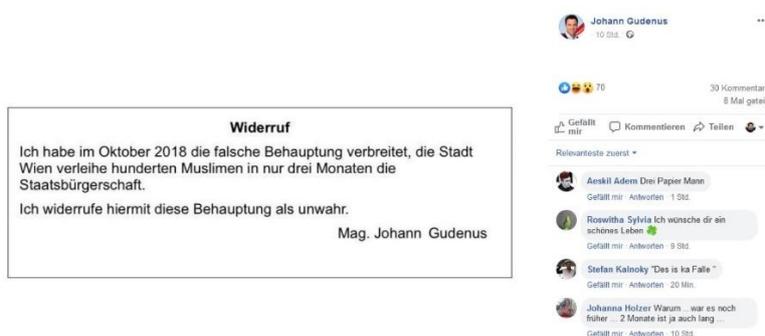
¹⁴ Siehe:

<https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/photos/a.673561579371188/1763296980397637/?type=3&theater>

geposteten Bild auf Facebook.¹⁵ Um Staatsbürgerschaftsverleihungen an Musliminnen und Muslime zu diskreditieren bediente sich Gudenus einer perfiden Methode: Er postete ein Bild von zwei Musliminnen, die ihre Religion besonders radikal leben und einen Niqab tragen. Dieses Bild ist jedoch nicht repräsentativ für die Musliminnen und Muslime in Österreich. Das gleiche Bild und den gleichen Text wie Gudenus postete auch FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky.¹⁶



Im November 2019 musste Gudenus seine „unwahre Aussage“ nach einer Klage der Stadt Wien widerrufen (siehe Bild unten).



Im Juni 2018 bewarb die FPÖ auf ihrer offiziellen Facebook-Seite ein Bild des Rings Freiheitlicher Jugend auf dem sich im Hintergrund grau gezeichnete düster dreinschauende Gestalten mit Kopftuch bzw. mit Bart und Kopfbedeckung tummelten. Der Text auf dem Bild lautete „Tradition schlägt Migration“, darunter stand „Steiermark, berufen für das Schöne, nicht für Asylantenströme“, daneben waren Schlagzeilen über die Zahl von Musliminnen und Muslimen in Österreich abgebildet.¹⁷

¹⁵ Siehe: <https://www.facebook.com/jgudenus/photos/a.119589688094539/1775027029217455/?type=3&theater>

¹⁶ Siehe:

<https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.547636725355279/1666293430156264/?type=3&theater>

¹⁷ Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/1095840770557191/?type=3&theater>



Im August 2018 nahm die Facebook-Seite der FPÖ den Fall des mutmaßlichen E-Card-Betrugs durch eine 68-jährige Österreicherin und ihre aus der Türkei stammende 84-jährige Mutter zum Anlass, um eine E-Card mit einer Frau mit Kopftuch zu posten und darunter eine weitere junge Frau mit Kopftuch zu zeigen, der das Zitat „ECard mit Bild – das macht mich wild!!!“ in den Mund gelegt wurde.¹⁸



Im Oktober 2018 wurde die von der Regierung beschlossene Indexierung der Familienbeihilfe von einer rassistischen und antimuslimischen Kampagne der FPÖ begleitet, in deren Verlauf mehrere Sujets in Umlauf gebracht wurden, die kopftuchtragende Frauen in den Mittelpunkt stellten.¹⁹ Die Sujets erweckten den irreführenden Eindruck, ein erheblicher Teil der indexierten Familienbeihilfe würde an Kinder in afrikanischen Ländern bzw. an muslimische Kinder gehen. Doch 90 Prozent der Zahlungen für im Ausland lebende Kinder betreffen die Länder Ungarn, Slowakei, Polen, Rumänien, Slowenien und Tschechien.²⁰ Für Kinder, die in Drittstaaten, also außerhalb des EU/EWR-Raums, leben, wird schon seit längerem überhaupt keine

¹⁸ Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/1154374314703836/?type=3&theater>

¹⁹ Siehe: <https://www2.sosmitmensch.at/stoppen-sie-die-luegen-und-hetzkampagne-herr-vizekanzler>

²⁰ Siehe: https://diepresse.com/home/innenpolitik/5463582/Familienbeihilfe-im-Ausland_Zahl-der-Kinder-fast-verhundertfach

Familienbeihilfe gezahlt.²¹ Nach scharfer Kritik zog die FPÖ lediglich eines der Sujets aus dem Verkehr.

Familienbeihilfe

Regierung kürzt Geld für Kinder im Ausland!

FREIHEITLICHE ARBEITNEHMER

Freiheitliche Arbeitnehmer
Dieses Foto geteilt vor 2 Wochen · G

Die Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder wird in Zukunft dem Lebensstandard des jeweiligen Landes angepasst. Dadurch will die Bundesregierung 114 Millionen Euro einsparen. Ein Schritt in die richtige Richtung. Unser Geld für unsere Kinder!

2.954 · 295 Kommentare · 429 Mal geteilt

Gefällt mir · Kommentieren · Teilen

Relevanteste zuerst

Konrad [Avatar] · Warum verwendet ihr ein offensichtlich arabisches Mädchen mit Kopftuch? Verhuzung?
So stellt es tatsächlich mit der Beihilfe aus, die im Ausland fließt, da die Eltern in Österreich arbeiten und auch Steuern bezahlen. Nicht einverstanden!

Mona [Avatar] · Soll das die typische Frau aus EU/EWR/Schwed darstellen? Für Kinder, die wohnen leben, wird natürlich überhaupt keine FB ausbezahlt.

Andreas [Avatar] · Ausser ein reicher Bursche schicke sein Kind auf eine Privatschule in England, der bekommt MEHR!

Adrian [Avatar] · Arabische Arbeitnehmer da bei das letzte Stück.

Karim [Avatar] · Kinder die nicht in Österreich leben haben auch keinen

Ebenfalls im Oktober 2018 kritisierte der damalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus die Entfernung von Namen auf Türschildern, weil damit „verschleiert werde“, dass „immer mehr muslimische Ausländer Gemeindewohnungen bekommen“.²²

Johann Gudenus
20. Oktober · G

Wieso entfernt das rote Wien die Namen bei den Türschildern, obwohl es nicht dazu verpflichtet ist?
Soll damit die Tatsache verschleiert werden, dass immer mehr muslimische Ausländer Gemeindewohnungen bekommen?

Johann Gudenus
@jgudenus

Startseite
Info
Fotos
Videos
Beiträge
Community
Seiteninfos & Werbung
Seite erstellen

KLEINE ZEITUNG

KLEINEZEITUNG.AT
Wirbel um DSGVO: Gudenus: Türschilder sollen Ausländernamen "vertuschen"

1.284 · 313 Kommentare · 739 Mal geteilt

²¹ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101117_OTS0223/bmwfj-keine-familienbeihilfe-fuer-tuerkische-kinder-in-der-tuerkei

²² Siehe:

[https://www.facebook.com/jgudenus/posts/1979514278768728?_xts__\[0\]=68.ARAXguPSFwKY5xSPrh8GdF_GY_TkN5fo2wJi7p1qIhRQW_I9aGziEbdx3gm0s89TqL03QOC-IHGhTxwEHVEXV17ov-jwySqpe9oYIVNrcds76wv-CvNAYKqVEECRpV824njrsDGsEAbl7Er0-C1ZtLzVm_mw2XOJTvy-XLL9FRJzUCEcKff292w6O8E225F6nMZkVK50ki1MfBHHiAXJ2aGkeDhSx7GtaySTfTQ1vS62zBbjvyGxJFmD4J6AMe5XU1-w8HCDcYE-uOGOE_CfM9p9pQjHieI9m3-zb2cgTea5fol4UmMg5mZXDqR_MPOwiWGILNXD-qucUYJe56wMhWsXLg&_tn_=-R](https://www.facebook.com/jgudenus/posts/1979514278768728?_xts__[0]=68.ARAXguPSFwKY5xSPrh8GdF_GY_TkN5fo2wJi7p1qIhRQW_I9aGziEbdx3gm0s89TqL03QOC-IHGhTxwEHVEXV17ov-jwySqpe9oYIVNrcds76wv-CvNAYKqVEECRpV824njrsDGsEAbl7Er0-C1ZtLzVm_mw2XOJTvy-XLL9FRJzUCEcKff292w6O8E225F6nMZkVK50ki1MfBHHiAXJ2aGkeDhSx7GtaySTfTQ1vS62zBbjvyGxJFmD4J6AMe5XU1-w8HCDcYE-uOGOE_CfM9p9pQjHieI9m3-zb2cgTea5fol4UmMg5mZXDqR_MPOwiWGILNXD-qucUYJe56wMhWsXLg&_tn_=-R)

Im November 2018 brachte die FPÖ über ihre offizielle Facebook-Seite ein antitürkisches und antimuslimisches Video zur E-Card in Umlauf. Die damalige Sozialministerin Beate Hartinger-Klein trat in dem Video, in dem einem „Ali“ unterstellt wurde, er würde die E-Card von „Mustafa“ betrügerisch benutzen, auf.²³ Erst nach heftiger Kritik wurde das Video gelöscht.²⁴



Ebenfalls im November 2018 forderten die FPÖ Wien und drei Wiener FPÖ-Politiker in zwei Presseaussendungen den Ausschluss von Musliminnen und Muslimen vom weiteren Zugang zum Gemeindebau.²⁵



FP-Eischer/Resch: SPÖ steuert Zuwanderung gezielt nach Döbling!

FPÖ-Döbling fordert: **Keine weiteren muslimischen Migranten in Döblings Gemeindebauten!**



Freiheitlichen an erster Stelle. **Die Stadtregierung muss unverzüglich damit aufhören, muslimische Migranten mit Gemeindewohnungen zu versorgen,** in der Hoffnung, dass diese sich mit ihrer Wählerstimme bedanken, sobald sie in Wien dazu berechtigt sind", so Nepp abschließend. (Schluss) akra

Ende November 2018 bezeichnete die FPÖ Favoriten die Hütten eines Weihnachtsmarktes in Wien Favoriten, die mit Plastikschatz ausgestattet waren, als „muslimische Zeltstadt“ und stellte diese „muslimische Zeltstadt“ den „würdigen und traditionellen Holzhütten“

²³ Siehe: <https://orf.at/stories/3100566/>

²⁴ Siehe: <https://www2.sosmitmensch.at/aktuelle-hasskampagne-fuehrt-gipfel-gegen-hass-ad-absurdum>

²⁵ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181113_OT0187/fp-eischerresch-spo-e-steuert-zuwanderung-gezielt-nach-doebling

gegenüber.²⁶ Der damalige Vizekanzler Heinz-Christian Strache verbreitete das antimuslimisch konnotierte Bild auf Facebook.²⁷



Weitere Fälle und Kampagnen für das Jahr 2018 finden sich im Bericht von SOS Mitmensch zum antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik 2018.²⁸

Das Jahr 2019 war durch das Zerbrechen der Koalition zwischen ÖVP und FPÖ aufgrund der so genannten Ibiza-Affäre, der Abberufung der gesamten Bundesregierung und den anschließenden Neuwahlen geprägt. Dadurch kam es innerhalb eines Jahres zu mehreren Wechseln sowohl bei parteipolitischen Akteurinnen und Akteuren als auch bei politischen Amtsträgerinnen und Amtsträgern, darunter auch Akteurinnen und Akteuren, die maßgeblich für antimuslimisch-rassistische Vorfälle und Kampagnen in Österreich mitverantwortlich zeichnen.

Das Folgekapitel beinhaltet eine Chronologie antimuslimisch-rassistischer Vorfälle und Kampagnen in der österreichischen Politik im Jahr 2019. In dieser Chronologie erfasst sind ausschließlich Fälle, die Vertreterinnen und Vertreter sowie Organisationen der Spitzenpolitik betreffen und bei denen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz erkennbar ist.

²⁶ Siehe:

<https://www.facebook.com/FPOE.Favoriten/photos/a.472361979497879/2031514380249290/?type=3&theater>

²⁷ Siehe:

<https://www.facebook.com/HCStrache/photos/a.10151682670073591/10156376072673591/?type=3&theater>

²⁸ Siehe:

https://www2.sosmitmensch.at/dl/OMuJJKJKNmKJqx4KJK/Bericht2018_Antimuslimischer_Rassismus_in_der_Politik_SOS_MITmensch.pdf

Antimuslimischer Rassismus in der Politik – Chronologie 2019

Ab 10. Jänner

Der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp startet eine Serie an Aussendungen und Facebook-Einträgen, in denen er Themen wie „Gewalt an Schulen“ oder „Integrationsunwilligkeit an Schulen“ mit „Scharia-Eltern“ in Verbindung bringt. So sagt Nepp am 10. Jänner in einer Aussendung sowie einem Facebook-Eintrag, dass „Scharia-Eltern“ für Gewalt an Schulen „mitverantwortlich“ seien. Nepp fordert neben „Erziehungscamps für gewalttätige Schüler“ auch „Sanktionen gegen Erziehungsberechtigte“ und er fordert, dass der Rechtsstaat „mit voller Härte beinhart“ gegen „Scharia-Eltern, die ihren Kindern nicht unsere Grundwerte und Regeln vermitteln, sondern zu Gewalt erziehen“ durchgreifen müsse.²⁹



Am 15. Februar macht Nepp eine Aussendung zum Thema „Integrationsunwilligkeit von Schülern“. Er fordert darin „härtere Strafen für Scharia-Eltern“. Laut Nepp sei der Grund für „Gewaltbereitschaft und Lernunwilligkeit von Kindern oft im Elternhaus zu finden“. Daher müsse es Konsequenzen haben, „wenn sich Eltern nicht für die Bildung und den Lernerfolg ihrer Kinder einsetzen und interessieren oder sie gar nach den Regeln der Scharia erziehen“. Nepp fordert „die Kürzung von Sozialleistungen für sogenannte Scharia-Eltern“. Darüber hinaus müssten diese „gemeinsam mit ihren Kindern in Erziehungscamps geschickt und dort

²⁹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190110_OTS0045/nepp-scharia-eltern-fuer-gewalt-an-schulen-mitverantwortlich sowie <https://www.facebook.com/dominik.nepp/photos/a.141242412585080/2472474562795175/?type=3&theater>

entsprechend betreut werden.“³⁰ Wenige Tage später macht Nepp auch einen gleichlautenden Facebook-Eintrag.³¹



Am 25. Februar veröffentlicht Nepp auf Facebook ein Video zum Thema „Gewalt an Wiener Schulen“. Wie schon zuvor in Aussendungen und Facebook-Einträgen macht Nepp Gewalt in Schulen ausschließlich an von ihm so benannten „Scharia-Eltern“ fest. Im Video sagt Nepp: „Das Problem ist die steigende Gewalt in Wiens Schulen. Gewalttätige Schüler gehören in Erziehungscamps und Scharia-Eltern müssen zur Verantwortung gezogen werden. (Dazu Einblendung „Hilferuf einer SPÖ-Lehrerin: „Scharia ist für viele meiner Schüler sicher höherstehend“) Wir Freiheitliche beschützen die lernwilligen Schüler und engagierten Eltern. (Dazu Einblendung „258 Anzeigen wegen Gewalt an Schulen“) Nur in einem sicheren Umfeld kann Bildung stattfinden. Wir wollen, dass unsere Kinder wieder angstfrei in die Schule gehen und sich voll entfalten können!“³²

Klassifizierung: In mehreren Aussendungen, Facebook-Einträgen und einem von ihm geposteten Video macht der ressortlose Wiener Vizebürgermeister Dominik Nepp Gewalt und „Integrationsunwilligkeit“ an Schulen an so genannten „Scharia-Eltern“ fest. „Scharia-Eltern“ ist ein ungewöhnlicher Begriff, der nicht im österreichischen Alltagssprachegebrauch verankert ist. Er soll offenbar für religiöse Personen muslimischen Glaubens stehen und kann als Ersatzbegriff für „gläubige Musliminnen und Muslime“ gedeutet werden. Eine konkrete und differenzierte Auseinandersetzung mit als problematisch erachteten Teilen der Scharia findet in den Aussendungen und Einträgen von Nepp nicht statt. Der Begriff der „Scharia-Eltern“ bzw. des „Scharia-Muslims“ erinnert an den Begriff des „Talmud-Juden“, der in der zweiten Hälfte

³⁰ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190215_OTS0087/nepp-fordert-haertere-strafen-fuer-scharia-eltern

³¹ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/photos/a.141242412585080/2556623194380311/?type=3&theater>

³² <https://www.facebook.com/dominik.nepp/videos/247917139877742/>

des 19. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vielfach in antisemitischen Zusammenhängen verwendet wurde. Besonders auffallend in den Aussendungen und Einträgen von Nepp ist, dass niemand außer „Scharia-Eltern“ konkret für Gewalt oder „Integrationsunwilligkeit“ an Schulen verantwortlich gemacht wird. Die ausschließliche Abstempelung von religiösen Menschen muslimischer Religionszugehörigkeit und ihrer Kinder als „gewalttätig“ und als per se „integrationsunwillig“ sowie das primäre und undifferenzierte Festmachen von Gewalt an Schulen und „Integrationsunwilligkeit“ an Menschen muslimischer Religionszugehörigkeit ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

28. Februar

Im Winter/Frühjahr 2019 wird in Wien über die Einrichtung einer Grillzone am Donaukanal debattiert. Einige Anrainerinnen und Anrainer sprechen sich dagegen aus, es kommt auch zur Sammlung von Unterschriften. Schließlich wird das Vorhaben von der zuständigen Stadträtin abgelehnt. Im Zuge der Diskussion versucht die FPÖ das Thema zu reformulieren und antimuslimisch zu besetzen. Während kritische Anrainerinnen und Anrainer Lärm, Geruchsbelästigung und Abfall befürchten, spricht der damalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus in einer Aussendung von der Grillzone als „Wahlgeschenk an Islamisten“. Mit der Grillzone werde, so Gudenus, „die sich ausbreitende Islamisierung Wiens nur weiter befeuert“.³³



Gudenus ad Ludwig: Schluss mit Wahlgeschenken an Islamisten

Rot-Grün hat Anhänger des politischen Islam lange genug hofiert

Wien (OTS) - „Die Stadtregierung hat mit ihrer undifferenzierten Willkommenskultur Zuwanderern aus aller Welt den roten Teppich nach Wien ausgerollt“, erinnert der gef. Landesparteiobmann der Wiener FPÖ und Klubobmann im Parlament, Mag. Johann Gudenus, an die rot-grüne Zuwanderungspolitik. Das Ergebnis dieser Immigrantenzugänge, die sowohl fremde Kulturen als auch radikal islamistische Überzeugungen mit nach Wien gebracht hat, begegnet uns nun in der Ausbreitung von Parallelgesellschaften.

„Nicht nur, dass zu viele der Zuwanderer integrationsunwillig sind, so werden sogar radikale Islamisten von der Rathauskoalition auch noch hofiert und deren Organisationen mit großzügiger Vereinsförderung bedacht“, kritisiert Gudenus. Jüngstes Beispiel für den vorausseilenden Gehorsam von SPÖ und Grünen ist die von ihnen geplante Grillzone am Donaukanal. „Das Areal, das ein Naherholungsgebiet für alle Wiener ist, wird dadurch bald von Dauergrillgelagen, Lärm und extremer Rauchentwicklung geprägt sein und so für die Mehrheit unpassierbar“, verweist der Freiheitliche auf bereits bestehende Grillzonen etwa auf der Donauinsel.

Mit Gefälligkeiten wie dieser befeuert die Stadtregierung die sich ausbreitende Islamisierung Wiens nur weiter. „Hören Sie endlich damit auf, Anhänger des politischen Islam zu hofieren, nur weil Sie sich als Gegenleistung für all diese Geschenke dann deren Stimmen erwarten“, fordert Gudenus Bürgermeister Michael Ludwig auf. (Schluss) akra/huf

³³ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190228_OTS0114/gudenus-ad-ludwig-schluss-mit-wahlgeschenken-an-islamisten

Kurz darauf formuliert Gudenus auf Facebook ähnlich:



The image shows a Facebook post by Johann Gudenus. On the left is a campaign image with the text: "Unser Naherholungsgebiet: Wir wollen keine Grillzone am Donaukanal!" and the FPÖ logo. On the right is the Facebook interface showing the post text, reaction counts (156 likes, 26 comments, 18 shared), and a list of comments from users like Ernst, Andreas, and others, discussing the issue of grilling zones and environmental concerns.

Klassifizierung: Gudenus besetzt ein Thema, nämlich Grillzonen, das nichts mit Religion zu tun hat, antimuslimisch. Grillen im Freien wird zu einer „islamistischen Praxis“ erklärt. Musliminnen und Muslime (und nur sie) werden zu Sündenböcken für, laut Gudenus, „Dauerg grillgelagen, Lärm und extremer Rauchentwicklung“ gemacht. Diese unsachliche Verknüpfung eines, aus Sicht der FPÖ, negativ besetzten Themas mit ausschließlich Musliminnen und Muslime – noch dazu in der negativen Ausprägung als „Islamisten“ – ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

Ab 3. März

Ende Februar 2019 wird bekannt, dass die ÖVP-FPÖ-Regierung beschlossen hat, dass der Karfreitag kein gesetzlicher Feiertag mehr für Protestantinnen und Protestanten sein soll. Der Regierungsbeschluss löst breite Kritik aus. Daraufhin starten die FPÖ und ihr damaliger Obmann, Vizekanzler Heinz-Christian Strache, eine Kampagne, die die Abschaffung des Feiertags für Protestantinnen und Protestanten mit der Ablehnung von Feiertagen für Musliminnen und Muslime rechtfertigt. So sagt Strache etwa am 3. März in diesem Zusammenhang, dass er „gegen einen muslimischen Feiertag“ sei. Die FPÖ lobt auf Facebook die Regierung dafür, dass diese „verhindert hat, dass künftig eine Möglichkeit besteht, dass wir einen muslimischen Feiertag bekommen!“.



Wir alle sind gegen einen solchen Feiertag! Genau deshalb ist die Entscheidung der Regierung in der Causa "Karfreitag" auch vollkommen nachvollziehbar. Auch wenn die Opposition jetzt versucht, dieses Thema hochzuziehen, sei gesagt, dass sich für rund 96% der Österreicher überhaupt nichts ändert. Klar ist: Diese Regierung hat somit verhindert, dass künftig eine Möglichkeit besteht, dass wir einen muslimischen Feiertag bekommen!



OE24.AT

Strache: 'Bin gegen muslimischen Feiertag'

Vizekanzler zu Karfreitag, Opernball & Sicherungshaft.

924

70 Kommentare 113 Mal geteilt

In den folgenden Tagen geht Strache weitere Male in sozialen Medien und bei öffentlichen Auftritten auf die Karfreitags-Entscheidung der Regierung ein. Er betont bei einer Ansprache, dass „die Gefahr gewesen wäre“, dass „die Kosten extrem explodiert wären“ und dass „auch die Muslime einen Feiertag für sich in Anspruch nehmen wollen und auch andere religiöse Konfessionen das gleiche Recht begonnen hätten, für sich in Anspruch zu nehmen“. Und dann sagt Strache: „Und liebe Freunde, ich sage euch eines: Einen muslimischen Feiertag in Österreich will ich niemals haben (Gejohle im Publikum) und deshalb ist es auch wichtig, eine Lösung sicherzustellen, die das ausschließt....Und liebe Freunde, genauso wenig wie wir keinen muslimischen Feiertag in Österreich haben wollen, wollen wir auch keine islamischen Gefährder in unserem Land haben.“³⁴



HC Strache
@HCStracheFP

Follow

Einen muslimischen Feiertag möchte ich in Österreich niemals haben. Daher galt es eine Lösung sicherzustellen, die das ausschließt!
#aschermittwoch #ried #fpö

Translate Tweet

5:04 PM - 6 Mar 2019

³⁴ https://www.facebook.com/pg/fpoe/posts/?ref=page_internal sowie <https://www.facebook.com/fpoe/videos/vb.169051073236170/2237309062998664/?type=2&theater>



Klassifizierung: Die Entscheidung über den Karfreitag wird von der FPÖ-Parteispitze zu einer Entscheidung über andere und insbesondere muslimische Feiertage reformuliert. Damit wird nicht nur vom eigentlichen Entscheidungsgegenstand abgelenkt, sondern Musliminnen und Muslime werden als Sündenböcke der von der ÖVP-FPÖ-Regierung beschlossenen Streichung des protestantischen Feiertags markiert. Darüber hinaus werden Musliminnen und Muslime auch als Personen, die keinen Feiertag in Österreich verdienen würden, abgewertet. Diese Sündenbockrhetorik, die sich gegen Musliminnen und Muslime und gegen keine andere namentlich genannte Religion richtet, ebenso wie die Abwertung von Musliminnen und Muslimen als nicht feiertagswürdig sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus. Strache setzt darüber hinaus in der angesprochenen Rede noch eins drauf, indem er die Ablehnung eines muslimischen Feiertags auf eine Stufe mit der Ablehnung von „islamischen Gefährdern“ stellt.

4. März

Der niederösterreichische FPÖ-Klubobmann Udo Landbauer macht einen Facebook-Eintrag zur Wohnbeihilfe. Er fordert, dass „Zuwanderer zuerst einmal Deutsch lernen und zumindest fünf Jahre arbeiten sollen, bis sie Anspruch auf eine geförderte Wohnung haben“. Dazu postet Landbauer ein Bild von sich mit einer unscharf abgebildeten Frau, die Kopftuch trägt und ein

kleines Kind in Händen hält, im Hintergrund. Der Bildtext lautet: „Nur wer Deutsch spricht und Leistung bringt, darf Platz im geförderten Wohnbau haben!“³⁵

FPÖ
WIR LEBEN HEIMAT

WOHNEN
neu.gedacht

„Nur wer Deutsch spricht und Leistung bringt, darf Platz im geförderten Wohnbau haben!“

Udo Landbauer
gf. Landesparteiobmann

VEREINT. STARK.
NIEDERÖSTERREICH.

Udo Landbauer
Diese Seite gefällt mir · 4. März

Die Wohnbeihilfe ist keine Sozialleistung für Jedermann. Zuwanderer sollen zuerst einmal Deutsch lernen und zumindest fünf Jahre arbeiten, bis sie Anspruch auf eine geförderte Wohnung haben.

723 72 Kommentare 119 geteilte Inhalte

Gefällt mir Kommentieren Teilen

Relevanteste zuerst

Gabriele Genau so ist es !! Keine Leistung , auch keine Förderung !!
Gefällt mir · Antworten · 1 Tag(e)

Franz Österreichische Staatsbürgerschaft, soll / muss Voraussetzung sein
Gefällt mir · Antworten · 1 Tag(e) · Bearbeitet

6 Antworten

Robertino Dann kommt mal nach Wien, die Gemeindebauten, errichtet von den Steuergeldern der Wiener, sind bereits Istanbul!
Gefällt mir · Antworten · 1 Tag(e)

Christine Genauso sollte es sein unsere Leute zuerst. ❤️❤️❤️
Gefällt mir · Antworten · 1 Tag(e)

1 Antwort

Christian 10 Jahre wäre besser...
Gefällt mir · Antworten · 1 Tag(e)

1 Antwort

Ulrike Nach diesem Gesichtspunkt würde sich, vor allem in Wien, die Lage auf dem Wohnungsmarkt spürbar entspannen.

Klassifizierung: Es muss davon ausgegangen werden, dass das Bild im Hintergrund sorgfältig ausgewählt wurde. Der niederösterreichische FPÖ-Klubobmann Udo Landbauer bringt eine Frau, die Kopftuch trägt und ein Kind in den Händen hält, indirekt mit fehlenden Deutschkenntnissen und fehlender Leistung in Verbindung – und fordert den Ausschluss „solcher Personen“ vom geförderten Wohnbau. Doch nur eine Minderheit der in den vergangenen Jahren nach Österreich eingewanderten Menschen trägt ein Kopftuch und von den Frauen, die Kopftuch tragen, sprechen viele Deutsch und erbringen wichtige Leistungen. Die Kombination aus Text und Bildauswahl wertet kopftuchtragende Frauen als prototypisch für nichtdeutschsprechende und keine Leistung erbringende Personen ab und weist damit eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

³⁵ https://www.facebook.com/pg/udolandbauer/posts/?ref=page_internal

8. März

Der damalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus macht eine Aussendung, in der er kritisiert, dass „unter Rot-Grün Gesetze für Wiener Muslime nicht gelten“. Gudenus bezieht sich dabei auf die aus seiner Sicht ungenügende Umsetzung des Kopftuchverbots in Wiener Kindergärten. Dazu schreibt Gudenus: „Während Autofahrer in Wien beim kleinsten Vergehen rigoros abgestraft werden, schaut Rot-Grün bei den Muslimen grundsätzlich wohlwollend weg. Es kann nicht sein, dass Gesetze nur für die Wiener gelten.“³⁶



Gudenus : Kopftuchverbot - Unter Rot-Grün gelten Gesetze für Wiener Muslime nicht

Willkommens-Stadtregierung weigert sich beharrlich, Kopftuchverbot in Kindergärten umzusetzen

Wien (OTS) - Die Kritik des Bildungsministeriums, der zufolge Wien das geltende Kopftuchverbot in Kindergärten nicht wie vereinbart umsetze, ist für den *gf. FPÖ-Landesparteiobmann und Klubobmann im Parlament, NAbg. Johann Gudenus*, sinnbildlich für die Anbieterungspolitik der rot-grünen Stadtregierung an muslimische Zuwanderer. „Eigentlich ist es nicht überraschend, dass die rot-grüne Willkommens-Stadtregierung der Islamisierung Wiens auch in diesem Bereich weiter den roten Teppich ausrollt“, kommentiert Gudenus. Rot-Grün zeige offenbar kein Interesse, bei der muslimischen Parallelgesellschaft die geltenden Gesetze und Regeln durchzusetzen.

Die 15a-Verinbarung, an die Zahlungen des Bundes geknüpft sind, sei nicht nur „in Wien“ umzusetzen, sondern „vor allem in Wien“. In keinem anderen Bundesland gäbe es vergleichbare Probleme mit Islamisierung, Integration und in der Folge Arbeitslosigkeit von Zuwanderern. „Dass ausgerechnet Wien sich weiter weigert, das Sprachniveau der Kinder zu verbessern oder Verstöße gegen das Kopftuchverbot zu ahnden, erklärt auch viele Missstände in Wien“, so Gudenus. Der Kindergarten hätte die Aufgabe, Kinder mit Sprachschwierigkeiten auf die Schule vorzubereiten und nicht, fremdsprachige Kinder durch den Einsatz fremdsprachigen Kindergarten-Personals in deren Muttersprachen an der Integration und damit einem späteren selbstbestimmten Leben zu hindern. Gudenus hat zudem kein Verständnis dafür, dass man in Wien kein Interesse zeige, die Nichteinhaltung des Kopftuchverbotes mit den vorgesehen Strafen zu ahnden und es bei offenbar völlig wirkungslosen „Ermahnungen“ belasse. „Während Autofahrer in Wien beim kleinsten Vergehen rigoros abgestraft werden, schaut Rot-Grün bei den Muslimen grundsätzlich wohlwollend weg. Es kann nicht sein, dass Gesetze nur für die Wiener gelten“, stellt Gudenus klar.

Die Bundesregierung sei angetreten, die unter den vorherigen SPÖ-Kanzlerschaften etablierten Missstände zu beseitigen und wieder Politik für die Österreicher zu machen. Auch wenn sich die rot-grüne Wiener Stadtregierung als Interessensvertretung von Muslimen, Asylanten und Armutszuwanderern verstehe, hätte sie sich an die Vorgaben des Bundes zu halten, so Gudenus abschließend.

Klassifizierung: Gudenus zieht in seiner Aussendung eine Grenzlinie zwischen „den Muslimen“ und „den Wienern“. Er stempelt Musliminnen und Muslime damit kollektiv als Nicht-Wiener/innen ab und grenzt sie als „Fremde“ aus. Darüber hinaus präsentiert er

³⁶ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190308_OTS0108/gudenus-kopftuchverbot-unter-rot-gruen-gelten-gesetze-fuer-wiener-muslime-nicht

Musliminnen und Muslime als „privilegierte“ Personen, die sich, laut Gudenus, nicht an alle Gesetze halten müssen, weil bei ihnen „wohlwollend weggeschaut werde“. Gudenus zieht in diesem Zusammenhang eine absurd anmutende Trennlinie zwischen „Autofahrern“, die „rigoros abgestraft werden“, und „Muslimen“, bei denen das seiner Ansicht nach nicht der Fall sei. Gudenus tut dabei so, als gebe es unter den Autofahrerinnen und Autofahrern keine Musliminnen und Muslime. Die kollektive Ausgrenzung von Musliminnen und Muslime als Nicht-Wiener/innen und das Schüren von Neid und Hass gegen Musliminnen und Muslime als „privilegierte Personen“ ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

15. März

Die ÖVP-Staatssekretärin im Innenministerium, Karoline Edtstadler, fordert, „Muslime sollten zu einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen verpflichtet werden“. „Für mich ist vorstellbar, dass alle Muslime, die nach Österreich kommen, zu einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen verpflichtet werden. Denn wenn man selbst gesehen und gehört hat, welches Leid Antisemitismus erzeugt hat, wird man resistent gegen diese furchtbare Werthaltung“, so Edtstadler in einer Mitteilung des Innenministeriums.³⁷ Edtstadler reagiert mit dieser Forderung auf eine Erhebung des IFES-Instituts im Auftrag des Nationalratspräsidenten zum Thema „Antisemitismus in Österreich“. In der Studie waren deutlich höhere Antisemitismuskennwerte bei türkisch und arabisch sprechenden Personen festgestellt worden als beim Durchschnitt der österreichischen Bevölkerung.



„Wir müssen die islamische Glaubensgemeinschaft verstärkt in die Pflicht nehmen[...]. Zudem ist es für mich vorstellbar, dass alle Muslime, die nach Österreich kommen, zu einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen verpflichtet werden.“, so Staatssekretärin [@k_edtstadler](#).

Translate Tweet



5:00 AM - 17 Mar 2019

³⁷ <https://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=446B54332B4344637543413D>

Unterstützung erhält Edtstadler für ihre Forderung von Bundeskanzler Sebastian Kurz. Er bezeichnet den Vorschlag von Edtstadler, laut Bericht der Kronenzeitung, als „richtige Maßnahme, die wir diskutieren sollten“.

Klassifizierung: Mit ihrer Aussage, sie wolle „alle Muslime, die nach Österreich kommen“ (und nur Musliminnen und Muslime) zu einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen verpflichten, selektiert Edtstadler Menschen nach ihrer Religionszugehörigkeit. Sie konstruiert Musliminnen und Muslime als homogenes Kollektiv und stellt dieses von ihr konstruierte Kollektiv unter den Generalverdacht des Antisemitismus. Eine solche homogenisierende Konstruktion und Selektion nach Religionszugehörigkeit und ein kollektiver Generalverdacht alleine aufgrund der Religionszugehörigkeit sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

26. April

Der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp teilt auf seiner Facebook-Fanseite ein Foto, auf dem mehrere Frauen und Kinder im Wiener Türkenschanzpark zu sehen sind. Der Großteil der Frauen trägt dabei ein Kopftuch. Nepp kommentiert das mit den Worten: „Kein Fernreise-Bild, sondern befremdliche Impressionen aus dem Türkenschanzpark. So schaut's in unseren "Wiener" Freizeitoasen aus ...“³⁸



Klassifizierung: Der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp sieht in einer Gruppe von Frauen und Kindern in einem Wiener Park eine „befremdliche Impression“, weil der Großteil der Frauen ein Kopftuch trägt. Nepp deutet, indem er das Wort „Wiener“ unter Anführungszeichen schreibt, an, dass es kein Wiener Park mehr sei, wenn sich dort religiös bekleidete muslimische Frauen mit ihren Kindern aufhalten. Die Abqualifizierung von Frauen und Kindern alleine aufgrund ihrer Kleidung als „befremdlich“ und ihre Ausgrenzung und Abwertung alleine aufgrund ihrer Kleidung als nicht zu Wien gehörend sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

³⁸ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/photos/a.723657044343611/2699464106762885/?type=3&theater>

Ab 28. April

Ende April starten der damalige Vizekanzler und FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache sowie weitere Vertreter seiner Partei eine Kampagne, um die in rechtsextremen Kreisen kursierende Verwendung des Begriffes „Bevölkerungsaustausch“³⁹ zu rechtfertigen. Strache bezeichnet „Bevölkerungsaustausch“ als „Begriff der Realität“ und verteidigt ihn damit, dass „wir nicht zur Minderheit in der eigenen Heimat werden wollen“. Der damalige FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer unterstützt Strache in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „profil“, und bringt dort „seine Sorge“ zum Ausdruck, „dass sich Österreich durch übermäßige Zuwanderung zu einem Land mit muslimischer Mehrheit entwickelt.“⁴⁰ Der damalige FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker ergänzt: „Es ist nämlich eine Tatsache, dass sich Österreich durch die jahrzehntelange übermäßige linke Zuwanderungspolitik immer mehr zu einem Land mit muslimischer Mehrheit entwickelt. Zu dieser besorgniserregenden Entwicklung haben auch die SPÖ-geführten Regierungen beigetragen, denn für die Linken war Integration immer schon ein Fremdwort“.⁴¹

FPÖ-Hafenecker: „Es kann doch nichts Verwerfliches sein, wenn der Vizekanzler real stattfindende Entwicklung in unserem Land aufzeigt“

„Auch, wenn das DÖW behauptet, dass jemand ‚rechtsextrem‘ ist, so bedeutet das noch lange nicht, dass dies auch den Tatsachen entspricht“

Wien (OTS) - „Es kann doch nichts Verwerfliches sein, wenn der österreichische Vizekanzler real stattfindende Entwicklung in unserem Land aufzeigt. Es ist nämlich eine Tatsache, dass sich Österreich durch die jahrzehntelange übermäßige linke Zuwanderungspolitik immer mehr zu einem Land mit muslimischer Mehrheit entwickelt. Zu dieser besorgniserregenden Entwicklung haben auch die SPÖ-geführten Regierungen beigetragen, denn für die Linken war Integration immer schon ein Fremdwort“, so heute der FPÖ-Generalsekretär NAbg. Christian Hafenecker zu den Reaktionen auf ein „Krone“-Interview von FPÖ-Bundesparteiohmann und Vizekanzler Heinz-Christian Strache.

„Ein Politiker, dem unser Land am Herzen liegt, wird wohl noch die bestehenden Probleme klar und deutlich beim Namen nennen können. Es kann doch nicht sein, dass man durch eine ‚linke Sprachpolizei‘ daran gehindert wird, reale Situationen nicht mehr mit den realen Begriffen, wie beispielsweise ‚Bevölkerungsaustausch‘ beschreiben kann. Selbstverständlich unterliegt unsere Gesellschaft seit Jahren einem mehr oder weniger radikalen Umbau - wer das negiert, betreibt eine glasklare Realitätsverweigerung“, betonte Hafenecker und weiter: „Im Schuljahr 2016/17 gab es beispielsweise in den Neuen Mittelschulen in Wien 72,8 Prozent Schüler mit nichtdeutscher Umgangssprache – das ist ein Faktum.“

³⁹ Die Tageszeitung „Presse“ schreibt zum Begriff „Bevölkerungsaustausch“: „Der Begriff bezeichnet eine Verschwörungstheorie und, dass die Bevölkerung Europas durch Zuwanderer ausgetauscht werden soll - auch der Begriff des „Großen Austauschs“ wird diesbezüglich verwendet. Auch der Attentäter von Christchurch verwendete den Terminus - sogar als Titel seines Manifests.“ <https://www.diepresse.com/5619506/strache-spricht-von-bevolkerungsaustausch>

⁴⁰ <https://www.diepresse.com/5619506/strache-spricht-von-bevolkerungsaustausch>

⁴¹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190428_OTSO038/fpoe-hafenecker-es-kann-doch-nichts-verwerfliches-sein-wenn-der-vizekanzler-real-stattfindende-entwicklung-in-unserem-land-aufzeigt

Kurz darauf spricht Strache in einem Facebook-Eintrag von einer „schrittweisen Islamisierung unserer Gesellschaft“. Er sagt: „In den Schulen Wiens und anderen Ballungszentren wurden bzw. werden österreichische Kinder bereits heute zur Minderheit. Und vor dieser Islamisierung und Zuwanderungspolitik aus der islamischen Welt nach Österreich und Europa warnen ich und die FPÖ bereits seit 1993. Und ja, wir wollen nicht zur Minderheit in der eigenen Heimat werden! [...] In den Schulen werden unsere Kinder bereits zur Minderheit in der eigenen Heimat und eine schleichende Islamisierung findet statt!“



HC Strache

29. April um 18:22 · 🌐

...

Zur aktuellen Debatte!

Durch eine unverantwortliche, aber ideologisch motivierte Zuwanderungspolitik (von SPÖ, auch der alten ÖVP und den Grünen) findet seit den letzten Jahrzehnten eine schrittweise Islamisierung unserer Gesellschaft statt.

In den Schulen Wiens und anderen Ballungszentren wurden bzw. werden österreichische Kinder bereits heute zur Minderheit.

Und vor dieser Islamisierung und Zuwanderungspolitik aus der islamischen Welt nach Österreich und Europa warne ich und die FPÖ bereits seit 1993 („Österreich zuerst“ Volksbegehren).

Und ja, wir wollen nicht zur Minderheit in der eigenen Heimat werden!

Diese politische Realität, welche von uns kritisiert und demokratisch korrigiert werden soll, wird von den Linken nunmehr auch bereits als "rechtsextrem" diffamiert. Man will offensichtlich Diskussionsverbote und andere Meinungen kriminalisieren. Und das obwohl eine breite Bevölkerungsmehrheit diese Entwicklung genau so wahrnimmt. Das ist Realitätsverweigerung, Denk- und Sprechverbot, aber ich lasse mir den Mund nicht verbieten!

Man macht die Kritik und Empörung an der Warnung vor einer falschen Zuwanderungspolitik, einer demographischen Veränderung und einer damit verbundenen schleichenden Islamisierung jetzt an einem Begriff „Bevölkerungsaustausch“ fest und an der Deutung einer rechtsextremen Verschwörungstheorie.

Es ist jedoch ein Faktum, welches jeder Bürger erkennt, der mit offenen Augen durch unsere Städte und unsere Gesellschaft geht. Was die Ursachen dafür sind? Sicher keine Verschwörung, sondern eher eine Mischung aus politischer Ignoranz und falsch verstandener Toleranz. Und für viele Linke ist Multi-Kulti, Refugee Welcome und Massenzuwanderung von außerhalb Europas nach Europa ein offen beworbener und erstrebenswerter Gesellschaftszustand.

Das links-ideologisch motivierte Zulassen und Handeln bestimmter Gruppen, hat uns zu den heutigen Problemen geführt. In den Schulen werden unsere Kinder bereits zur Minderheit in der eigenen Heimat und eine schleichende Islamisierung findet statt!

Während man hierzulande über Begriffe diskutiert, diese versucht zu kriminalisieren und Realitäten versucht zu leugnen, rufen bereits radikale Linke zu Gewaltdemos am 1. Mai in Berlin auf: „Wir werden alles anzünden, was nicht niet- und nagelfest ist“. Das ist wahrlich gefährlicher und zu bekämpfender Extremismus!

👍👎👤 3.438

795 Kommentare 511 geteilte Inhalte

Wenige Tage später teilt Strache in einem weiteren Facebook-Eintrag ein Namensranking, bei dem „Mohammed“ als beliebtester Vorname in Berlin genannt wird. Strache schreibt dazu, dass das für „den real stattfindenden Bevölkerungsaustausch, die einhergehende

Bevölkerungsverdrängung, den Bevölkerungswechsel durch eine falsche Zuwanderungspolitik und Islamisierung“ stehe.



Straches damaliger Stellvertreter und FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus teilt am gleichen Tag auf Facebook den gleichen Artikel wie Strache und bringt den Namen Mohammed mit „Islamisierung“ und der „Abschaffung Deutschlands“ in Verbindung.

Klassifizierung: Im Kontext der Debatte rund um die Verwendung des Begriffes „Bevölkerungsaustausch“ durch den damaligen Vizekanzler und FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache malen der damalige FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer und der damalige FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker das Bild einer „muslimischen Bevölkerungsmehrheit“ in Österreich an die Wand. Sie bezeichnen dieses Bild ohne jegliche Erläuterung oder Differenzierung als „besorgniserregend“ (Hafenecker) bzw. als etwas, was „Sorge“ bereiten sollte (Hofer). Sie qualifizieren Musliminnen und Muslime damit per se und undifferenziert als „Bedrohung“ ab und schüren pauschale Ängste gegenüber Musliminnen und Muslimen. Strache selbst zieht zur Rechtfertigung der Verwendung des Begriffes „Bevölkerungsaustausch“ eine fixe Trennlinie zwischen „unseren Kindern“ und „muslimischen Kindern“. Er grenzt Kinder muslimischer Herkunft damit aus der Gesellschaft aus und gibt zu verstehen, dass diese Kinder für ihn keine österreichischen Kinder sind und nicht „zu uns“ gehören. Zusätzlich zu dieser kollektiven Ausgrenzung muslimischer Kinder bringt Strache die Geburt von Kindern, wenn sie einen muslimischen Namen tragen, mit „Austausch“, „Verdrängung“ und „Wechsel“ in Verbindung. Der damalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus vertritt darüber hinaus die Ansicht, dass sich ein Land durch die Geburt von Kindern mit muslimischem Namen „abschaffen“ würde. Strache und Gudenus zeichnen ein Bild von Kindern mit muslimischem Namen als etwas kollektiv Negatives und Bedrohliches. Die Aussagen von Strache und Gudenus sind ebenso wie die Aussagen von Hofer und Hafenecker ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

16. Mai

Der EU-Abgeordnete und damalige FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky verteidigt in einem Interview mit dem „Standard“ ein antimuslimisch-rassistisches Bild, das der Ring Freiheitlicher Jugend ein Jahr zuvor veröffentlicht hat (siehe auch Seite 12). In dem Bild tummeln sich im Hintergrund grau gezeichnete düster dreinschauende Gestalten mit Kopftuch bzw. mit Bart und Kopfbedeckung. Der Text auf dem Bild lautet „Tradition schlägt Migration“, darunter steht „Steiermark, berufen für das Schöne, nicht für Asylantenströme“, daneben befinden sich einige Schlagzeilen über die Zahl von Musliminnen und Muslimen in Österreich abgebildet.⁴²



Vilimsky versucht, das gegen Musliminnen und Muslime gerichtete Bild als Karikatur „gegen Islamismus“ umzudeuten. Das Bild sei zwar „nicht seine Herangehensweise“, habe aber „unsere Politik zum Ausdruck gebracht“, so Vilimsky, der im Interview von den im Bild abgebildeten Minaretten als „islamistischen Symbolen“ spricht, diese Bemerkung aber nach Einspruch des Interviewers wieder zurücknimmt. Im gleichen Interview spricht sich Vilimsky gegen „weiteren Zuzug aus dem Islam“ bzw. gegen „aus der islamischen Welt organisierten Zuzug“ aus. Er begründet das damit, dass „Zuzug aus dem Islam mit unserer kulturellen Prägung nicht kompatibel sei“ und „es schwierig ist, die herauszufiltern, die sich radikalen Tendenzen hingeben“, so Vilimsky. Vilimsky „beklagt“ in diesem Zusammenhang eine „Islamisierung oder Verdrängung der autochthonen Bevölkerung“.⁴³

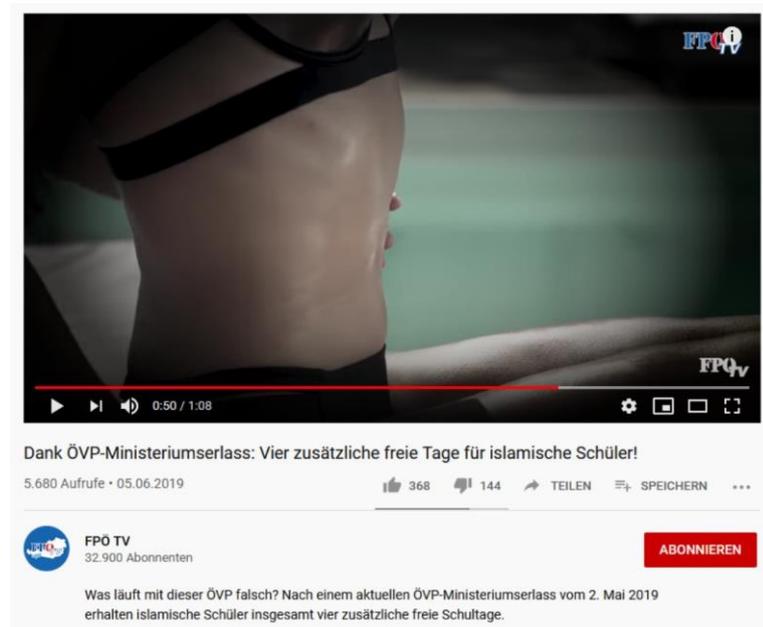
⁴² Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/1095840770557191/?type=3&theater>

⁴³ <https://www.derstandard.at/story/2000103193130/fpoe-spitzenkandidat-vilimsky-erklaert-hunde-zum-problem-des-islam>

Klassifizierung: FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky verteidigt eine antimuslimisch-rassistische Karikatur, indem er sie umzudeuten versucht. Die Verharmlosung und Umdeutung von antimuslimischem Rassismus weist selbst eine antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. Darüber hinaus spricht Vilimsky Personen „aus der islamischen Welt“ kollektiv und ohne jegliche Differenzierung ab, mit „unserer kulturellen Prägung“ vereinbar zu sein und schürt Verdrängungsängste. Seine Äußerungen sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

5. bis 7. Juni

Anfang Juni startet die FPÖ eine Kampagne gegen schulfreie Tage für muslimische Schülerinnen und Schülern. Die Kampagne nimmt Bezug auf einen Erlass des Bildungsministeriums vom 2. Mai 2019 (noch während der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung) zu möglichen schulfreien Tage für Angehörige unterschiedlicher Religionsgemeinschaften, darunter auch vier mögliche schulfreie Tage für muslimische Schülerinnen und Schüler. Die Kampagne der FPÖ richtete sich ausschließlich gegen mögliche schulfreie Tage für Musliminnen und Muslime, nicht gegen die möglichen schulfreien Tage für Angehörige anderer Religionsgemeinschaften. Den Start der Kampagne macht am 5. Juni ein Video von „FPÖ-TV“, in dem es unter anderem heißt: „Während unsere Kinder die Schulbank drücken, dürfen Muslime zu Hause bleiben, lassen es sich gut gehen und sich womöglich im Freibad die Sonne auf den Bauch scheinen.“ Dazu werden Bilder von einer Frau in einem Schwimmbad eingeblendet.⁴⁴



Am gleichen Tag postet der niederösterreichische FPÖ-Landesparteiobmann und Klubobmann Udo Landbauer ein Bild, auf dem eine Frau mit verhülltem Gesicht zu sehen ist. Landbauer sagt: „Was läuft mit dieser ÖVP falsch? In einem völligen Alleingang hat die ÖVP bereits am 2. Mai per Erlass die zusätzlichen freien Tage für islamische Schüler angeordnet. Während unsere Kinder die Schulbank drücken, dürfen Muslime zu Hause bleiben, lassen es sich gut gehen und sich womöglich im Freibad die Sonne auf den Bauch

⁴⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=Bk3Xw2KY4xE>

scheinen. Diese Bevorzugung islamischer Schüler ist untragbar und muss umgehend rückgängig gemacht werden!⁴⁵



Am 6. Juni folgt ein gleichlautender Facebook-Eintrag des ehemaligen Vizekanzlers und FPÖ-Obmanns Heinz-Christian Strache.



Am 6. und 7. Juni skandalisiert der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp Feiertage für muslimische Schülerinnen und Schüler. Er schreibt: „Muslimische Feiertage haben an Wiener Schulen nichts verloren! Der Einführung von muslimischen Feiertagen an den Schulen muss unverzüglich ein Riegel vorgeschoben werden.“

⁴⁵ https://www.facebook.com/pg/udolandbauer/posts/?ref=page_internal



In einem zweiten Posting schreibt Nepp: „Schulfrei zu Ramadan? SICHER NICHT! Der Vorstoß aus dem ehemaligen ÖVP-Bildungsministerium, künftig vier freie Tage für muslimische Schüler zu verordnen, ist ein weiterer Kniefall der ÖVP vor den linken Gutmenschen.“



Auch auf der offiziellen FPÖ-Facebook-Seite wird sowohl am 5. Juni als auch am 6. Juni gegen „freie Tage für islamische Schüler“ Stimmung gemacht. Die FPÖ postet den oben bereits erwähnten „FPÖ-TV“-Beitrag und startet eine „Umfrage“ gegen schulfreie Tage für Musliminnen und Muslime.⁴⁶



Am 6. Juni meldet sich auch der Tiroler FPÖ-Landtagsabgeordnete Christofer Ranzmaier zu Wort und ortet „einen ÖVP-Kniefall vor der muslimischen Community.“⁴⁷

Klassifizierung: Die Kampagne der FPÖ und von FPÖ-Politikern gegen religionsbezogene schulfreie Tage richtet sich ausschließlich gegen islamische Feiertage und ausschließlich gegen muslimische Schülerinnen und Schüler. Im Rahmen der Kampagne wird keinerlei konkrete Religionskritik geübt. Religiöse Feiertage und religionsbezogene schulfreie Tage von Schülerinnen und Schüler anderer Konfessionen werden nicht als „störend“ thematisiert. Teil der FPÖ-Kampagne ist das Ziehen einer fixen Trennlinie zwischen „unseren Kindern“ und „muslimischen Kindern“. Muslimische Kinder werden von der FPÖ kollektiv aus dem österreichischen „Wir“ ausgeschlossen. Darüber hinaus wird Neid gegen muslimische Kinder geschürt. Die von der FPÖ und von FPÖ-Politikern durchgeführte Kampagne ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

⁴⁶ <https://www.facebook.com/fpoe/posts/1360536877420911>

⁴⁷ <https://www.unsertirol24.com/2019/06/06/ranzmaier-fragliche-rechtsgrundlage-zusaetzlichen-feiertagen-fuer-muslimische-schueler/>

4. September

Medien berichten, dass die ÖVP „mangelndes Problembewusstsein bei Muslimen“ sehe, was Regelverstöße an Schulen betrifft.⁴⁸ Die Medienberichte beziehen sich dabei auf Aussagen des Wiener ÖVP-Obmanns Gernot Blümel, wonach es „insbesondere in arabisch- oder türkischstämmigen Familien oft kein Problembewusstsein für Gewaltdelikte an Schulen gebe“.⁴⁹



KURIER ANMELDEN

Wirtschaft Sport Lifestyle Kultur Stars MEHR

Politik Inland 04.09.2019

ÖVP-Schulpolitik: "Wer sich nicht an die Regeln hält, muss härter bestraft werden"

Volkspartei sieht „mangelndes Problembewusstsein“ bei Muslimen. Kürzung des Familienbeihilfe gefordert.

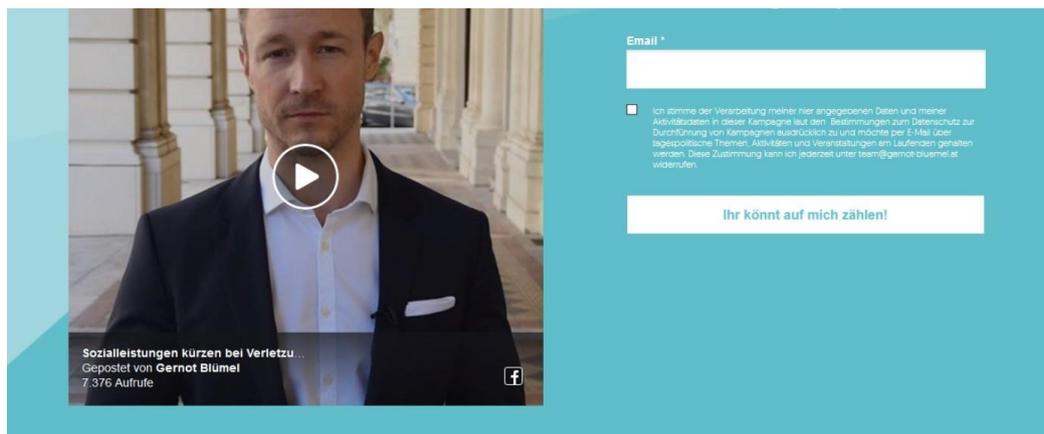
Blümel nennt auf seiner Webseite den „Integrationsbericht des Expertenrats für Integration“ als Quelle für seine Behauptungen, doch in diesem Bericht findet sich keine derartige Passage.⁵⁰

⁴⁸ <https://kurier.at/politik/inland/oevp-schulpolitik-wer-sich-nicht-an-die-regeln-haelt-muss-haerter-bestaft-werden/400596035>

⁴⁹ <https://mit.gernot-bluemel.at/sanktionen-bei-integrationsverweigerung/>

⁵⁰ Siehe:

https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Integrationsbericht_2019/Integrationsbericht_2019.pdf



Wer sich nicht an Regeln hält, muss bestraft werden.
Das betrifft sowohl den Schulbesuch an sich als auch das Verhalten in der Schule.

Über 250 Gewaltdelikte wurden im Schuljahr 2017/18 an Wiener Schulen angezeigt.
Der Integrationsbericht zeigt: Insbesondere in arabisch- oder türkischstämmigen Familien gibt es hier oft kein Problembewusstsein. In solchen Fällen müssen vor allem auch die Eltern in die Pflicht genommen werden!

Der Staat zahlt den Eltern für ihre Kinder Sozialleistungen – im Gegensatz dazu müssen diese Verantwortung übernehmen. Werden diese Verantwortung vernachlässigt und die Erziehungspflichten verletzt, dann muss das zu spürbaren Sanktionen führen.

Wir wollen daher, dass in solchen Fällen die Sozialleistungen gekürzt werden können.
Denn wir dürfen kein Auge zudrücken, wenn es um Integrationsverweigerung und die Verletzung von Erziehungspflichten geht.

Klassifizierung: Der Wiener ÖVP-Obmann Gernot Blümel reduziert das Phänomen „Gewalt an Schulen“ alleine auf „arabisch- und türkischstämmige Familien“, in denen es diesbezüglich, so behauptet er, „oft kein Problembewusstsein gebe“. Medien interpretieren die Aussagen Blümel dahingehend, dass er Musliminnen und Muslime bezüglich Gewaltakte an Schulen an den Pranger stellen wolle. Von Seiten der ÖVP wird diese Absicht nicht dementiert. Blümel legt auf seiner Webseite darüber hinaus eine falsche Quellenfährte, indem er sich auf den Bericht des „Expertenrats für Integration“ beruft. Doch in diesem Bericht findet sich keine derartige Aussage. Die Behauptungen von Blümel zu „Gewalt an Schulen“ weisen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

Ab 7. September

FPÖ-Obmann Norbert Hofer sagt in einer Wahlkampfansprache im oberösterreichischen Pasching: „Der Islam ist eine anerkannte Glaubensgemeinschaft – die Zeugen Jehovas sind es auch. Aber der Islam ist kein Teil unserer Kultur, kein Teil unserer Geschichte und er wird es auch niemals sein.“ Dieser Satz wird ab diesem Zeitpunkt im Nationalratswahlkampf und auch danach immer wieder von Hofer und anderen FPÖ-PolitikerInnen sowie SprecherInnen der Partei verwendet.



1.272 Aufrufe · vor 35 Minuten

Es wird eine der wichtigsten Aufgaben für die FPÖ sein, Österreich vor dem radikalen Islamismus zu schützen. Ich sage es vollkommen klar: Der Islam ist eine anerkannte Glaubensgemeinschaft - die Zeugen Jehovas sind es auch. Aber der Islam ist kein Teil unserer Kultur, kein Teil unserer Geschichte und er wird es auch niemals sein.

Mehr dazu: <https://www.fpoe.at/.../ohne-uns-driftet-die-oevp-nach-links.../>

So wiederholt die FPÖ am 12. September auf Facebook die Wahlkampf-Aussage von FPÖ-Obmann Norbert Hofer, wonach „der Islam kein Teil unserer Kultur, kein Teil unserer Geschichte [ist] und das auch niemals sein [wird]“.



Klassifizierung: Mit seiner Aussage schließen FPÖ-Obmann Hofer und die FPÖ gläubige Musliminnen und Muslime trotz mehr als 100 Jahre Anerkennung als Religionsgemeinschaft in Österreich und trotz vieler Jahrzehnte der dauerhaften Anwesenheit in Österreich von der österreichischen Kultur und der österreichischen Geschichte aus. Dieser Ausschluss bedeutet eine radikale Realitätsverweigerung und eine ebenso radikale gesellschaftliche Ausgrenzung von Menschen alleine aufgrund ihrer (staatlich anerkannten) Religionszugehörigkeit. Diese Ausgrenzung bezieht Hofer nicht nur auf die Vergangenheit und Gegenwart, sondern wird von ihm in eine unendliche Zukunft projiziert. Die Religion von Musliminnen und Muslimen und damit auch sie selbst werden pauschal als „ewig fremd“ klassifiziert. Hofers Aussage ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus und fügt sich in eine Reihe von Aussagen diverser FPÖ-PolitikerInnen ein, die Musliminnen und Muslime und sogar muslimische Schulkinder als „ewige Fremde“ abstempeln und bis in die Unendlichkeit davon ausschließen, vollwertiger und gleichberechtigter Teil der österreichischen Gesellschaft zu sein.

11. September

In einem Interview mit dem FPÖ-nahen Magazin „Wochenblick“, das der rechtsextremen Publizistikszene in Österreich zugeordnet wird,⁵¹ sagt FPÖ-Obmann Norbert Hofer: „Als ich

⁵¹ <https://www.profil.at/oesterreich/wochenblick-verstrickungen-fpoe-szene-rechtsextrem-7507563>

geboren wurde hatten wir in Österreich rund 20.000 Muslime, heute sind es in etwa 800.000 Muslime. Wir haben an den Schulen in Wien mittlerweile mehr als die Hälfte der Kinder, die außerhalb der Schule nicht Deutsch sprechen. Also, diese gesamte Entwicklung, ist sehr gefährlich [...] Beide Linksparteien, NEOS und Grüne, wollen das Ausländerwahlrecht und wenn das kommt, dann können wir einpacken. Wir haben in Österreich, ich hab's vorher gesagt, 800.000 Muslime. Einige haben die Staatsbürgerschaft, andere haben sie noch nicht. [...] Und das Erste, das passieren wird, wenn wir dieses Ausländerwahlrecht haben, ist, dass sich eine muslimische Partei gründen wird, eine türkische Partei, was auch immer, und dann können wir einpacken. Dann ist Österreich verloren. Also dieses Land, das unsere Großeltern und Eltern aufgebaut haben, wo auch viel Blut geflossen ist, ist verloren, wenn das so kommt.“⁵² Zwei Tage später, am 13. September, verweist FPÖ-Obmann Norbert Hofer in einem Facebook-Eintrag auf sein Interview mit dem „Wochenblick“ und schreibt: „Die Zahl der Muslime in Österreich ist rapide gestiegen. Vor allem in den Schulen in Wien ist die Situation bedenklich, wenn man sieht, dass in vielen Klassen der Ausländeranteil nahezu 100% beträgt. Was es jetzt ganz dringend braucht, ist ein Gesetz gegen den politischen Islam. Sollte die FPÖ wieder in eine Regierungsverantwortung kommen, ist es unser erklärtes Ziel, ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen, bevor es zu spät ist!“⁵³



Klassifizierung: FPÖ-Obmann Hofer stempelt Musliminnen und Muslime pauschal und undifferenziert als „Gefahr“ ab. Er bezeichnet die gestiegene Anzahl an MuslimInnen in Österreich als „sehr gefährlich“. Hofer spricht darüber hinaus davon, dass „wir einpacken können“, sollte „das Ausländerwahlrecht kommen“, denn das würde, so Hofer, auch Musliminnen und Muslime betreffen. Er spricht davon, dass Österreich dann „verloren“ sei. Das pauschale Schüren von Angst gegen Musliminnen und Muslime und die pauschale Abstempelung von Musliminnen und Muslime als „Gefahr“ und als Zerstörer von Österreich ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus. Hofer setzt darüber hinaus muslimische Kinder pauschal mit „Ausländern“ gleich und vice versa. Hofer verzerrt damit die Realität grob. Viele muslimische Kinder sind österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und viele Kinder, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft haben, sind keine Musliminnen und Muslime. Darüber hinaus sind nicht alle Kinder, die eine andere Erstsprache als Deutsch haben, „Ausländer“.

⁵² <https://www.facebook.com/watch/?v=925993661113538> sowie <https://www.wochenblick.at/hofer-und-kickl-fordern-asylwerber-sollen-selbst-aufraeumen/> sowie <https://youtu.be/jsgGwq26M0w>

⁵³

<https://www.facebook.com/norberthofer2020/videos/vb.1650580648552563/2091428314497949/?type=2&theater>

17. September

FPÖ-Obmann Norbert Hofer schreibt auf Facebook: „Land der Berge, Land am Strome, Land der Äcker, Land der Dome, Land der Hämmer, zukunftsreich! Unsere Bundeshymne rühmt unser wunderschönes Österreich als „Land der Dome“. Als ich Kind war, lebten ein paar Tausend Muslime in unserem Land. Heute sind es bereits über 800.000 und es werden mehr. Wir sind aber aufgrund unserer Geschichte ein christlich geprägtes Land mit abendländischer Kultur und werden das auch immer bleiben. Meine Lieben, ich werde alles dafür tun, damit unser wunderschönes Österreich ein „Land der Dome“ bleibt und nicht eines Tages für unsere Kinder zum „Land der Moscheen“ wird.“



FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

„ Ich werde alles tun, dass unser Österreich ein Land der Dome bleibt und nicht zum Land der Moscheen wird.

Norbert Hofer
Diese Seite gefällt mir · 17. September

„Land der Berge, Land am Strome, Land der Äcker, Land der Dome, Land der Hämmer, zukunftsreich!“

Unsere Bundeshymne rühmt unser wunderschönes Österreich als „Land der Dome“. Als ich Kind war, lebten ein paar Tausend Muslime in unserem Land. Heute sind es bereits über 800.000 und es werden mehr. Wir sind aber aufgrund unserer Geschichte ein christlich geprägtes Land mit abendländischer Kultur und werden das auch immer bleiben.

Meine Lieben, ich werde alles dafür tun, damit unser wunderschönes Österreich ein „Land der Dome“ bleibt und nicht eines Tages für unsere Kinder zum „Land der Moscheen“ wird.

Dafür brauche ich aber EURE tatkräftige Unterstützung am 29. September!

5.586
395 Kommentare
717 Mal geteilt

Gefällt mir · Kommentieren · Teilen

Relevanteste zuerst

Monika Meine Stimme haben Sie
Gefällt mir · Antworten · 3 Tag(e) · 68

1 Antwort

Wolfgang Wow ich bekomme eine gaensehaut bei dieser positiven Aussage top
Gefällt mir · Antworten · 3 Tag(e) · 49

6 Antworten

Monika Sehr gut
Gefällt mir · Antworten · 3 Tag(e) · 27

3 Antworten

Klassifizierung: Hofer übt keine Religionskritik, sondern spielt Religionsgemeinschaften gegeneinander aus, indem er „Dome“ gegen „Moscheen“ ausspielt – und das „Land der Dome“ zum Positivbild und das „Land der Moscheen“ zum Negativbild erklärt. Hofer macht damit einmal mehr kollektiv Stimmung gegen die in Österreich lebenden Musliminnen und Muslime. Seine Aussage weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

17. September

Auf einer Diskussionsveranstaltung der FPÖ mit dem Titel „Der politische Islam als Herausforderung für die innere Sicherheit“ sagt der Wiener FPÖ-Obmann und ressortlose Wiener Vizebürgermeister Dominik Nepp: „Wie ist die Integrationslage aus politischer Sicht in Wien? Ich glaube, wenn man das kurz zusammenfassen will, kann man sagen, es gibt Messerstechereien, es gibt Jugendkriminalität, es gibt Kulturkampf im Klassenzimmer, es gibt radikale Moscheen, ja es gibt eine Scharia Polizei und der politische Islam fasst immer mehr Fuß in Wien [...] Es ist keine schleichende Islamisierung, es ist eine rasende

Islamisierung. Wenn man sich zum Beispiel denkt, dass der dritthäufigste Name in Wien Mohammed ist, dass in Wien über 60% der Kinder nicht sinnerfassend lesen können, weil sie nicht deutscher Muttersprache sind. Also diese Islamisierung in Wien ist drastisch und es geht rasant, immer schneller, exponentiell schneller [...] Drum müssen wir sagen, dass das Hauptaugenmerk, jetzt nicht nur, für mich natürlich in Wien, vor allem in ganz Österreich und Europa, das Ziel haben muss, dass der Islam und vor allem der politische Islam hier nicht weiter Fuß fasst, denn das kann das Ende in ein paar Generationen oder vielleicht schon schneller und da mache ich mir natürlich Sorgen auch als Vater zweier Töchter kann das das Ende unserer freien Gesellschaft bedeuten, wie wir sie heute kennen.“

Klassifizierung: Der Wiener FPÖ-Obmann und ressortlose Wiener Vizebürgermeister Dominik Nepp sieht eine „rasende Islamisierung“ und verbindet diese mit der Vergabe muslimischer Namen an Kinder und mit „nicht sinnerfassend lesen können“. Nepp verbindet darüber hinaus „den Islam“ bzw. „Islamisierung“ mit „Messerstechereien“ und „Jugendkriminalität“. Nepp will nicht nur, dass „der politische Islam hier nicht weiter Fuß fasst“, er will auch, dass „der Islam“ insgesamt „hier nicht weiter Fuß fasst“. Nepp verwischt damit die Grenzen zwischen „Islam“ und „politischem Islam“. Er stempelt Kinder mit muslimischem Namen als „nicht sinnerfassend lesen könnend“ und als Teil einer „rasenden Islamisierung“ ab. Er verbindet darüber hinaus nur eine einzige Religion, nämlich „den Islam“ (und damit auch die Angehörigen dieser einen Religion) mit Kriminalität. Seine abstempelnden, abwertenden, ausgrenzenden und ein kollektives Bedrohungsbild konstruierenden Aussagen sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

18. September

Im Rahmen des Wahlkampfes 2019 findet ein „ORF-Wahlduell“ zwischen dem Obmann der Grünen, Werner Kogler, und dem Obmann der FPÖ, Norbert Hofer, statt. Thema ist das österreichische Bundesheer. Hofer erläutert, warum es aus seiner Sicht eine Wehrpflicht und ein schlagkräftiges Bundesheer brauche: „Bedenken Sie ein Beispiel, als der Putsch in der Türkei war, standen innerhalb von zwei Stunden in der Nacht, falls es überhaupt ein Putsch war, in Wien 5.000 Türken auf der Straße, Brigadestärke, die sind so organisiert, diesmal mit Fahnen, wo haben sie die Fahnen hergehabt? Und ich sage, Österreich wird nicht sicherer mit dem, was wir in den nächsten zwei Jahren erleben werden. Das Tor in Italien ist offen mit der neuen Regierung, der Pakt mit Erdogan wackelt, wir haben seit dieser 2015er Flüchtlingskrise 100.000 Syrer und Afghanen mehr in Österreich, wir haben 800.000 Muslime, das Gesicht Österreichs hat sich völlig verändert, total unterschiedliche Kulturen, wir brauchen die Sicherheitskomponente.“

Klassifizierung: Indem FPÖ-Obmann Hofer eine Stärkung des Bundesheers unter anderem mit „800.000 Muslime in Österreich“ argumentiert, bringt er das Bundesheer rhetorisch gegen die in Österreich lebenden Musliminnen und Muslime in Stellung. Er markiert die im Land lebenden Musliminnen und Muslime kollektiv als Bedrohung, für die es ein starkes Militär brauche. Darüber hinaus schließt er einmal mehr die hier lebenden Musliminnen und Muslime kollektiv vom österreichischen „Wir“ aus. Seine Aussagen sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

26. September

In der letzten großen ORF-Wahldiskussion vor der Nationalratswahl bestreitet FPÖ-Obmann Norbert Hofer die Existenz von Feindlichkeit gegen MuslimInnen in Österreich. Von Seiten der Politik sei hier nichts zu tun, es lege allein an den MuslimInnen zu handeln, so Hofer.

Konkret fragte ihn die Moderatorin Claudia Reiterer: „Was würden Sie gegen Fremdenfeindlichkeit gegenüber Musliminnen und Muslimen tun?“ Daraufhin Hofer: „Ich glaube, dass die Muslime in Österreich selbst einen Beitrag leisten müssen, um in Österreich anzukommen, und nicht die Politik gefordert ist, um etwas dagegen zu tun.“ Reiterer hakt nach: „Und da gibt es ihrer Meinung nach keine Fremdenfeindlichkeit?“ Hofer: „Nein.“

Klassifizierung: Das Verleugnen der zahlreichen politischen Hetzkampagnen gegen Musliminnen und Muslime und der nachgewiesenen Muslimenfeindlichkeit bei einem Teil der Bevölkerung kann selbst als Spielart des antimuslimischen Rassismus gesehen werden. Die Betroffenen von Hetzkampagnen und Diskriminierung werden durch die Aussagen Hofers in ihrer Glaubwürdigkeit angegriffen und damit indirekt verhöhnt. Ähnliche verhöhnende und die Glaubwürdigkeit angreifende Verleugnungsstrategien sind auch von anderen Spielarten des Rassismus und des Antisemitismus bekannt. Hofers verleugnende Aussagen unterstützen antimuslimischen Rassismus.

15. November

Bereits 2018 hatte die FPÖ die Hütten eines Weihnachtsmarktes in Wien Favoriten, die mit Plastenschutz ausgestattet waren, als „muslimische Zeltstadt“ bezeichnet und gegen diese „muslimische Zeltstadt“ Stimmungsmache betrieben.⁵⁴ Der damalige Vizekanzler Heinz-Christian Strache verbreitete in diesem Zusammenhang ein antimuslimisch konnotiertes Bild auf Facebook.⁵⁵ Im November 2019 spricht die FPÖ Wien von den gleichen Hütten eines Weihnachtsmarktes in Wien Favoriten als „Arabische Zeltstadt“ und behauptet, dass die Hütten aufgrund ihrer Kampagne nun anders aussehen würden.

⁵⁴ Siehe:

<https://www.facebook.com/FPOE.Favoriten/photos/a.472361979497879/2031514380249290/?type=3&theater>

⁵⁵ Siehe:

<https://www.facebook.com/HCStrache/photos/a.10151682670073591/10156376072673591/?type=3&theater>



Klassifizierung: Das Posting weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. Die Unzufriedenheit mit Weihnachtsständen, die mit Plastik überzogen sind, wurde bereits im Jahr 2018 für antimuslimische Stimmungsmache genutzt und wird nun erneut instrumentalisiert. Den als negativ wahrgenommenen Ständen wird ohne jegliche Sachgrundlage bereits zum zweiten Mal ein „arabischer/muslimischer“ Stempel aufgedrückt.

17. November

Der steirische FPÖ-Obmann Mario Kunasek spricht auf Facebook in Zusammenhang mit dem Bezug einer bestimmten Form des Kinderbetreuungsgeldes von einer „sehr bedenklichen Entwicklung“ und davon, dass „die undifferenzierte Massenzuwanderung ihre Auswirkungen zeigen“ würde. Er kritisiert die Tatsache, dass Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft in der Steiermark ein Drittel und in Österreich 38 Prozent der BezieherInnen einer bestimmten Form des Kinderbetreuungsgeldes ausmachen. Auf dem Bild, das er postet, ist eine junge Frau mit Kopftuch zu sehen, die lächelnd Geld in der Hand hält.⁵⁶

⁵⁶ <https://www.facebook.com/mkunasek/photos/a.10151685696773282/10156910550403282/?type=3&theater>



Klassifizierung: Der Facebook-Eintrag des steirischen FPÖ-Obmanns Mario Kunasek setzt „Ausländer“ durch das von ihm gepostete Bild mit „MuslimInnen“ gleich und stempelt die Betroffenen durch die Skandalisierung ihres (und nur ihres) Kinderbetreuungsgeldbezugs zu Menschen zweiter Klasse ab. Der Beitrag von Kunasek weist durch das Zusammenspiel von Text und Bild eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

Ab 17. November

Die FPÖ und zahlreiche FPÖ-Politiker starten eine Kampagne, die auf eine Aussage des Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft Ümit Vural Bezug nimmt. Vural hatte in einem Interview mit der „Presse“ den Wunsch geäußert, es solle in jedem Bundesland eine „würdige“ Moschee geben „mit dem Sitz der Religionsgemeinde, wo man einen Ansprechpartner hat“.⁵⁷ FPÖ-Obmann Norbert Hofer reagiert als erster FPÖ-Politiker auf Facebook und schreibt: „Der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich wünscht sich in einem Interview mit der „Presse am Sonntag“ eine große Moschee für jedes Bundesland. Das ist ein Wunsch, der einmal mehr aufzeigt, dass es in unserem Land eine schleichende Islamisierung gibt. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegentreten. Der Islam ist nicht Teil unserer Geschichte und unserer Kultur – und wird das auch nie werden.“⁵⁸

⁵⁷ <https://www.diepresse.com/5723634/umit-vural-eine-grosse-moschee-pro-bundesland>

⁵⁸ Siehe: <https://www.facebook.com/norberthofer2019/posts/2521658448111441>



Norbert Hofer

18 Std. · 🌐



Der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich wünscht sich in einem Interview mit der „Presse am Sonntag“ eine große Moschee für jedes Bundesland.

Das ist ein Wunsch, der einmal mehr aufzeigt, dass es in unserem Land eine schleichende Islamisierung gibt. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegenzutreten. Der Islam ist nicht Teil unserer Geschichte und unserer Kultur – und wird das auch nie werden.



M.OE24.AT

FPÖ-Chef Norbert Hofer warnt vor 'schleichender Islamisierung'



1.480

391 Kommentare 250 Mal geteilt

Am gleichen Tag spricht sich der Kärntner FPÖ-Parteiboss Gernot Darmann in einer Presseaussendung mit dem Titel „FPÖ-Darmann: „Brauchen keine Kasernen und Soldaten des Islam in Österreich“ gegen „ein weiteres Vordringen des Islam in den öffentlichen Raum in Österreich“ aus. Darmann bezeichnet die vom Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft geforderten „würdigen“ Moscheen in jedem Bundesland⁵⁹ als „Spielwiesen für den politischen Islam“ und sagt, dass „Moscheen einen Herrschaftsanspruch signalisieren“.⁶⁰

⁵⁹ <https://www.diepresse.com/5723634/umit-vural-eine-grosse-moschee-pro-bundesland>

⁶⁰ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20191117_OTS0023/fpoe-darmann-brauchen-keine-kasernen-und-soldaten-des-islam-in-oesterreich sowie <https://www.fpoe-ktn.at/reader-news/brauchen-keine-kasernen-und-soldaten-des-islam-in-oesterreich?fbclid=IwAR0uRczUGHDnf6YSdSB6JdtnsvRKvY1svnUlqGXVs0aKsAEXhJ8aiA65t1c>



Brauchen keine Kasernen und Soldaten des Islam in Österreich

Eine klare Absage erteilt der Kärntner FPÖ-Landesparteiobmann Klubobmann Mag. Gernot Darmann einem weiteren Vordringen des Islam in den öffentlichen Raum in Österreich, wie es der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ), Ümit Vural verlangt. Vural fordert laut heutigen Medienberichten in jedem österreichischen Bundesland eine Großmoschee.

Einen Tag später, am 18. November, bezeichnet der oberösterreichische Vize-Landeshauptmann und FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner den Bau von „Großmoscheen in jedem Bundesland“ in einem Facebook-Eintrag als „Zeichen der muslimischen Landnahme“, die er „verhindern“ wolle. „Eine islamische Großmoschee hat in Oberösterreich nichts verloren“, so Haimbuchner.⁶¹

⁶¹

<https://www.facebook.com/Gottfried.Waldhaeusl/photos/a.638423932941116/2543346585782165/?type=3&theater>



Ebenfalls am 18. November schreibt der niederösterreichische FPÖ-Landesrat Gottfried Waldhäusl in einem Facebook-Eintrag: „Für die freie Religionsausübung braucht es keine Machtsymbole des politischen Islam! Eine Großmoschee, wie sie die Islamische Glaubensgemeinschaft in jedem Bundesland haben möchte, ist daher klar abzulehnen.“



Am 19. November sprechen sich der ressortlose Wiener Vizebürgermeister Dominik Nepp und die FPÖ in mehreren Medienbeiträgen und Facebook-Einträgen dafür aus, „die Auflösung der Islamischen Glaubensgemeinschaft zu prüfen“.⁶² Der Islamischen Glaubensgemeinschaft solle „der Status als offizielle Vertretung für alle Muslime aberkannt werden“. Sie begründen das mit dem Wunsch des Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft, es solle in jedem Bundesland eine „würdige“ Moschee geben.



Am 20. November schreibt der niederösterreichische FPÖ-Klubobmann Udo Landbauer in einem Facebook-Eintrag: „Groß-Moscheen mit Minaretten, wie sie die Islamische Glaubensgemeinschaft jetzt offen für alle Bundesländer fordert, sind dezidiert abzulehnen. Der Islam ist nicht Teil unserer Geschichte und Kultur und wird dies auch nicht werden. Daher ist auch das Islamgesetz zu novellieren und der politische Islam samt seinen Hasspredigern zu verbieten.“⁶³ Der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft Ümit Vural hatte in seinem Interview allerdings ausdrücklich betont, dass „ein Minarett keine Pflicht ist“. „Man kann das modern und für die Öffentlichkeit vereinbar gestalten. Ein

⁶² <https://www.facebook.com/fpoe/posts/1498348290306435> sowie <https://www.derstandard.at/story/200011225481/fpoe-wien-will-aufloesung-der-islamischen-glaubensgemeinschaft-pruefen>

⁶³ <https://www.facebook.com/udolandbauer/photos/a.494218930313/10162841514270314/?type=3&theater>

Minarett wird halt als Zeichen für Kampf gesehen, für Siegen oder Verlieren, das sind sinnlose Diskussionen“, so Vural.⁶⁴



Am 21. November teilt FPÖ-Klubobmann und Ex-Innenminister Herbert Kickl auf Facebook ein Video von „FPÖ-TV“ mit dem Titel „Die schleichende Islamisierung Österreichs“. Kickl postet folgenden Text zum Video: „Die schleichende Islamisierung Österreichs! Die Linken haben dem Islamisierungsmultikulti den roten Teppich ausgerollt. Nicht nur die Zahl der Muslime in Österreich steigt kontinuierlich an, auch die dazugehörige Infrastruktur für Muslime wächst. Dass nun die Islamische Glaubensgemeinschaft sogar so weit geht, und eine Großmoschee in jedem Bundesland fordert, kann sich nur um einen schlechten Scherz handeln. Die FPÖ wird sich immer gegen eine schleichende Islamisierung Österreichs aussprechen. Der politische Islam und radikale Islamisten sind eine Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft und haben daher keinen Platz in unserem Land!“⁶⁵ Im FPÖ-Video wird ohne Nennung einer Statistik behauptet, „die meisten Einwanderer in den vergangenen Jahren waren Muslime“. Der Wunsch der Islamischen Glaubensgemeinschaft, es solle in jedem Bundesland eine „würdige“ Moschee geben, wird im Video als „schleichende Islamisierung“ bezeichnet. Die Sprecherin des Videos sagt den von FPÖ-Obmann Norbert Hofer bekannten Satz: „Fakt ist, der Islam ist nicht Teil unserer Geschichte und unserer Kultur und wird das auch nie werden.“ Gegen Ende des Videos werden Musliminnen und Muslime pauschal mit „Ausländern“ gleichgesetzt.

⁶⁴ <https://www.diepresse.com/5723634/umit-vural-eine-grosse-moschee-pro-bundesland>

⁶⁵ <https://www.facebook.com/herbertkickl/videos/554277698743681/>



Herbert Kickl

Die schleichende Islamisierung Österreichs!

Die Linken haben dem Islamisierungsmultikulti den roten Teppich ausgerollt. Nicht nur die Zahl der Muslime in Österreich steigt kontinuierlich an, auch die dazugehörige Infrastruktur für Muslime wächst. Dass nun die Islamische Glaubensgemeinschaft sogar so weit geht, und eine Großmoschee in jedem Bundesland fordert, kann sich nur um einen schlechten Scherz handeln. Die FPÖ wird sich immer gegen eine schleichende Islamisierung Österreichs aussprechen. Der politische Islam und radikale Islamisten sind eine Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft und haben daher keinen Platz in unserem Land! **Weniger anzeigen**



Gefällt mir

Komentieren Teilen

962 · 158 Kommentare

Klassifizierung: FPÖ-Obmann Norbert Hofer setzt den Wunsch nach einer „würdigen“ Moschee in jedem Bundesland mit „schleichender Islamisierung“ gleich. Kritik an Gebetshäusern anderer Religionsgemeinschaften übt Hofer nicht. Darüber hinaus wiederholt Hofer den von ihm bereits mehrere Male verkündeten ewigen Ausschluss des Islam und damit auch von gläubigen MuslimInnen von „unserer Geschichte und unserer Kultur“. Der Kärntner FPÖ-Obmann Gernot Darmann stellt islamische Gebetshäuser unter den Generalverdacht „Spielwiesen für den politischen Islam“ zu sein. Kritik an Gebetshäusern anderer Religionsgemeinschaften übt Darmann nicht. Darüber hinaus spricht Darmann sich pauschal „gegen ein weiteres Vordringen des Islam in den öffentlichen Raum in Österreich“ aus. Was das konkret bedeutet, sagt Darmann nicht. Eine Unterscheidung zwischen unterschiedlichen Islamströmungen trifft Darmann nicht. Es muss davon ausgegangen werden, dass er pauschal das Recht von gläubigen MuslimInnen auf öffentlich sichtbare Religionspraxis in Frage stellt. FPÖ-Vize-Landeshauptmann Manfred Haimbuchner setzt den Bau „würdiger“ Moscheen mit „muslimischer Landnahme“ gleich. Er erweckt den Eindruck, als seien islamische Gebetshäuser kein Teil der Religionspraxis in Österreich, sondern allesamt ein feindliches Eroberungsinstrument. Kritik an Gebetshäusern anderer Religionsgemeinschaften übt Haimbuchner nicht. Der niederösterreichische FPÖ-Landesrat Gottfried Waldhäusl setzt den vom Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft gewünschten Bau „würdiger“ Moscheen mit der Errichtung von „Machtsymbolen des politischen Islam“ gleich. Er erweckt damit den Eindruck, sämtliche islamischen Gebetshäuser seien dem „politischen Islam“ zuzuordnen. Derart pauschalisierende Kritik

oder überhaupt Kritik an Gebetshäusern anderer Religionsgemeinschaften übt Waldhäusl nicht. Die Forderungen des ressortlosen Wiener Vizebürgermeisters Dominik Nepp nach Prüfung der Auflösung der Islamischen Glaubensgemeinschaft und nach Aberkennung des Status als offizielle Religionsgemeinschaft sind beispiellos in Österreich. Keine andere anerkannte Religionsgemeinschaft war bislang mit einer derartigen Forderung von Seiten einer im Parlament und Landtagen vertretenen Partei konfrontiert. Bemerkenswert ist, dass als „Auslöser“ dieser Forderungen nichts anderes genannt wird, als der Wunsch des Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft nach einer „würdigen“ Moschee in jedem Bundesland. Der niederösterreichische FPÖ-Klubobmann Udo Landbauer bringt den Bau „würdiger“ Moscheen pauschal mit „politischem Islam“ und „Hasspredigern“ in Verbindung. Derart pauschalisierende Kritik oder überhaupt Kritik an Gebetshäusern anderer Religionsgemeinschaften übt Landbauer nicht. Darüber hinaus schließt Landbauer (im Gleichklang mit seinem Bundesparteiohmann Norbert Hofer) den Islam pauschal und „für immer“ aus der österreichischen Geschichte und Kultur aus. FPÖ-Klubobmann Kickl nennt den vom Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft gewünschten Bau „würdiger“ Moscheen einen „schlechten Scherz“. Er deutet damit an, dass ein Vertreter von Musliminnen und Muslimen kein Recht habe, in Österreich einen solchen Wunsch zu äußern. Kickl bringt den Wunsch des Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft darüber hinaus mit „schleichender Islamisierung“, mit „politischem Islam“ und mit „radikalen Islamisten“ in Verbindung. Von Kickl ist keine derart pauschalisierende Kritik oder überhaupt Kritik an Gebetshäusern anderer Religionsgemeinschaften bekannt. Das Video, das Kickl teilt, setzt Musliminnen und Muslime mit „Ausländern“ gleich und wiederholt den von FPÖ-Obmann Norbert Hofer geäußerten Satz, der den Islam pauschal und „für immer“ aus der österreichischen Geschichte und Kultur ausschließt. Aufgrund der oben genannten Aussagen weist die von namhaften FPÖ-Politikern getragene Kampagne gegen den Bau „würdiger“ Moscheen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. Dort, wo jegliche islamische Religionspraxis als „ewig fremd“ und damit alle gläubigen Musliminnen und Muslime als „ewige Fremde“ in Österreich abgestempelt und ausgegrenzt werden, ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus gegeben.

2. Dezember

FPÖ-Parteiohmann Norbert Hofer warnt in einem Facebook-Eintrag davor, dass Österreich zu „einem muslimischen Staat“ werde, „in dem unsere Kinder eine bedrohte Minderheit sind“.⁶⁶

⁶⁶ https://www.facebook.com/norberthofer2019/posts/2536060176671268?_tn=-R

Norbert Hofer
17 Std. · 🌐

Ja, alles sehr nett. Oder wir leben dank Grün in einem muslimischen Staat, in dem wir ganz andere Sorgen haben und in dem unsere Kinder eine bedrohte Minderheit sind.



308.910 Aufrufe

Zeit im Bild
23 Std. · 🌐 · 🌐

„Unsere Kinder werden an uns denken. An das, was wir getan haben. Und an das, was wir nicht getan haben.“

Klassifizierung: FPÖ-Obmann Norbert Hofer bezeichnet in seinem Zukunftsszenario „unsere Kinder“ als „bedrohte (nichtmuslimische) Minderheit“. Er schließt damit muslimische Kinder von „unseren Kindern“ aus und verweigert muslimischen Kindern durch diesen Ausschluss aus der „Wir-Gruppe“ die Zugehörigkeit zu dem, was er unter der österreichischen Gesellschaft versteht. Darüber hinaus zeichnet er die muslimische Bevölkerung in Österreich pauschal als eine Bedrohung für die Gruppe, die er als „Wir-Gruppe“ definiert. Hofers Äußerung ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

Resümee und Forderungen nach Gegenmaßnahmen

Im vorliegenden Bericht von SOS Mitmensch werden 21 antimuslimisch-rassistische Vorfälle und Kampagnen, die im Jahr 2019 in der Sphäre der österreichischen Spitzenpolitik stattgefunden haben, dokumentiert und analysiert. Gegenüber dem Jahr 2018 zeigen sich einige markante Veränderungen, aber auch Kontinuitäten. Veränderungen gibt es bei den Akteurinnen und Akteuren des antimuslimischen Rassismus und zum Teil bei der Art und Weise wie antimuslimisch-rassistische Kampagnen kommuniziert und rhetorisch verpackt werden. Darüber hinaus fällt auf, dass einige im Jahr 2018 erhobene besonders radikale rassistische Forderungen gegen Musliminnen und Muslime im Jahr 2019 nicht mehr wiederholt wurden. Zu letzterem könnte der Anfang 2019 erstmals von SOS Mitmensch veröffentlichte Bericht zu antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik beigetragen haben.

Neue Hauptakteure im Jahr 2019

Die politischen Hauptakteure der antimuslimisch-rassistischen Kampagnen wechselten im Verlauf des Jahres 2019. Bis Mai gehörten der damalige Vizekanzler und FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache sowie der damalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus zu den zentralen FPÖ-Kampagnenakteuren. Inzwischen sind beide nach Skandalen aus der FPÖ ausgeschieden. Neue FPÖ-Hauptakteure der Hetzkampagnen gegen Musliminnen und Muslime sind der Bundes-Parteibobmann Norbert Hofer sowie der Wiener Parteibobmann Dominik Nepp. Gemeinsam mit weiteren FPÖ-Funktionärinnen und -Funktionären sowie FPÖ-Einrichtungen und FPÖ-nahen Organisationen verbreiten sie über verschiedene Kommunikationskanäle die Inhalte und Bilder ihrer antimuslimisch-rassistischen Kampagnen.

Erstmals auch Akteurinnen und Akteure der ÖVP

Traten im Jahr 2018 in der Spitzenpolitik ausschließlich Funktionäre der FPÖ als Akteure des antimuslimischen Rassismus in Erscheinung, so mischten 2019 auch Personen aus der ÖVP mit. Die nunmehrige EU-Ministerin und frühere Staatssekretärin im Innenministerium, Karoline Edtstadler, und der inzwischen zum Finanzminister avancierte frühere Kulturminister Gernot Blümel beteiligten sich mit Äußerungen und Aussendungen an der pauschalen negativen Abstempelung von Musliminnen und Muslimen.

FPÖ mit rassistischer Dauerkampagne

Alle in diesem Bericht dokumentierten antimuslimisch-rassistischen Vorfälle und Kampagnen betreffen Personen bzw. Organisationen, die der FPÖ oder der ÖVP angehören. Das bedeutet jedoch nicht, dass es nicht auch antimuslimischen Rassismus in anderen Parteien gibt. Was die FPÖ betrifft, kann jedoch gesagt werden, dass sie wie keine andere Partei seit mehreren Jahren kontinuierlich und systematisch daran arbeitet, gegen Musliminnen und Muslime gerichteten Rassismus in Österreich salonfähig zu machen und vorhandene Ressentiments durch rassistische Kampagnen zu verstärken und zur politischen Mobilisierung zu nutzen.

Abstempelung von Musliminnen und Muslimen als „ewige Fremde“

Das ideologische Fundament des antimuslimischen Rassismus war auch 2019 die Abstempelung von Musliminnen und Muslimen als „ewige Fremde“ in Österreich, denen die volle Zugehörigkeit zur österreichischen Gesellschaft verweigert wird. Dazu wurde in antimuslimisch-rassistischen Wortmeldungen eine nichtmuslimische „Wir-Gruppe“ und eine muslimische „Sie-Gruppe“ konstruiert und eine fixe, unauflöslche und bis in die Ewigkeit gedachte Trennlinie zwischen diesen beiden als homogen konstruierten Gruppen gezogen. Diese Rhetorik der rassistischen Spaltung wird nicht nur in Bezug auf Erwachsene, sondern in

einigen Wortmeldungen auch bereits in Bezug auf Schulkinder angewandt. Auf Grundlage dieses ideologischen Fundaments werden kollektive Vorurteile, Angst, Neid und Hass gegen Musliminnen und Muslime geschürt. Musliminnen und Muslimen werden als Sündenböcke für unpopuläre Maßnahmen und negative Entwicklungen abgestempelt, unter Generalverdacht gestellt und kollektiv abgewertet und ausgegrenzt.

Erstbericht von SOS Mitmensch zeigte Wirkung

Eine Veränderung zu 2018 betrifft die Tatsache, dass im Jahr 2019 einige radikal rassistische Forderungen gegen Musliminnen und Muslime nicht mehr wiederholt wurden. So wurde die Forderung nach Ausschluss von Musliminnen und Muslimen vom sozialen Wohnbau, wie sie von der Wiener FPÖ im Jahr 2018 erhoben wurde, nicht noch einmal wiederholt, aber auch nicht zurückgenommen. Auch die Verleihung von Staatsbürgerschaften an Musliminnen und Muslime wurde nicht erneut skandalisiert. Dieses Kappen der absoluten Spitzen der rassistischen Rhetorik ist wohl der Tatsache zu verdanken, dass den politischen Akteurinnen und Akteuren seit Veröffentlichung des ersten Berichts von SOS Mitmensch zu antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik klar ist, dass ihre antimuslimisch-rassistischen Äußerungen beobachtet, dokumentiert und analysiert werden.

Teilweise neue Verpackung für antimuslimischen Rassismus

Die Wirkung des ersten Berichts von SOS Mitmensch zeigt sich auch in einer teilweise veränderten rhetorischen Verpackung von antimuslimischem Rassismus. So war im Jahr 2019 die Häufung von politischen Äußerungen und Kampagnen, die sich an der Schnittstelle zwischen Islamfeindlichkeit und antimuslimischem Rassismus bewegen, auffällig. Die betreffenden Äußerungen und Kampagnen waren vordergründig gegen „den Islam“ gerichtet, richteten sich aber durch die pauschale und undifferenzierte Dämonisierung und Abwertung „des Islam“ gleichzeitig auch gegen alle (religiösen) Musliminnen und Muslime, die als „ewig fremd“ markiert und kollektiv abgewertet wurden. In islamfeindliche Äußerungen wurde immer wieder die bereits angesprochene unauflösbare Spaltung in eine nichtmuslimische „Wir-Gruppe“ und eine muslimische „Sie-Gruppe“ eingewoben. Die Tendenz, verstärkt vordergründig auf Islamfeindlichkeit zu setzen, bei der rassistische Frontalangriffe auf Musliminnen und Muslime nicht offen kommuniziert werden, aber eingewoben sind, kann als Versuch der KampagnenbetreiberInnen gewertet werden, sich weniger leicht angreifbar zu machen und sich die Berufung auf „Religionskritik“ offen zu halten. Doch die pauschale Dämonisierung und Abwertung nur einer einzigen Religion, ohne jeglichen Ansatz der Differenzierung und ohne jegliche argumentative Auseinandersetzung, ist keine konkrete und schon gar keine sachliche oder ausgewogene Kritik, sondern reine Feindlichkeit. Diese Feindlichkeit trifft durch ihre Pauschalität nicht nur die zum Feindbild erkorene Religion, sondern auch alle Angehörigen dieser Religion. Zu den Elementen der angesprochenen pauschalen Dämonisierung und Abwertung „des Islam“ zählen unter anderem

- das pauschale Gleichsetzen von „Islam“ mit „Islamismus“ bzw. „Islam“ mit „politischem Islam“.
- das Erfinden von negativ aufgeladenen pauschalisierenden religiös anmutenden Ersatzbegriffen für (religiöse) Musliminnen und Muslime, wie beispielsweise den Begriff „Scharia-Eltern“.
- das pauschale Ablehnen von religiösen Feiertagen, ausschließlich, wenn es sich um von Musliminnen und Muslimen begangene Feiertage handelt.
- das pauschale Ablehnen von Gebetshäusern, ausschließlich, wenn es sich um von Musliminnen und Muslimen benutzte Gebetshäuser handelt.

Formen des antimuslimischen Rassismus 2019

Insgesamt sind im vorliegenden Bericht über das Jahr 2019 folgende Formen des antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik erfasst:

- Die Verantwortlichkeit für negative Vorkommnisse an Schulen wird ausschließlich und pauschalisierend auf religiöse Musliminnen und Muslime reduziert: etwa das alleinige Verantwortlich-Machen von „Scharia-Eltern“ für Gewalt an Schulen.
- Kinder religiöser Musliminnen und Muslime werden pauschal als „gewalttätig“, „integrationsunwillig“ und „lernunwillig“ abgestempelt: etwa, wenn „Integrationsunwilligkeit“, „Gewaltbereitschaft“ und „Lernunwilligkeit“ alleine an Kindern von „Scharia-Eltern“ bzw. Kindern „in arabisch- und türkischstämmigen Familien“ festgemacht werden.
- Negativ besetzten Themen wird ein „muslimischen Stempel“ aufgedrückt: etwa das Bezeichnen von Grillen im Freien und die damit einhergehende Lärm- und Geruchsbelästigung als „islamistische Praxis“ oder die Bebilderung der als negativ dargestellten Auszahlung von Kinderbetreuungsgeld an „Ausländer“ mit einer Frau mit Kopftuch.
- Muslimische Namen werden abgewertet und negativ abgestempelt: etwa, wenn das Vorkommen bzw. die Häufigkeit des Namen „Muhammed“ per se als bedrohlich dargestellt und mit „Islamisierung“ und „Abschaffung des Landes“ gleichgesetzt wird.
- Musliminnen und Muslime werden zu Sündenböcken für unpopuläre politische Entscheidungen gemacht: etwa, wenn Musliminnen und Muslime von Politikern als Sündenböcke für die von der ÖVP-FPÖ-Regierung beschlossene Streichung eines protestantischen Feiertags markiert werden.
- Musliminnen und Muslime werden pauschal als defizitbehaftet abgewertet: etwa, wenn kopftuchtragende Frauen als prototypisch für nichtdeutschsprechende und keine Leistung erbringende Personen dargestellt werden, oder muslimische Kinder kollektiv in Verbindung mit „nicht sinnerfassend lesen können“ gebracht werden.
- Musliminnen und Muslime werden als „ewige Fremde“ abgestempelt: etwa, wenn fixe Grenzlinien zwischen Musliminnen und Muslimen und Wienerinnen und Wienern bzw. Österreicherinnen und Österreichern gezogen werden, oder das Wort „Wiener“ nur noch unter Anführungszeichen geschrieben wird, sobald es um Frauen geht, die Kopftuch tragen, oder wenn die Religion von Musliminnen und Muslimen als einzige gesetzlich anerkannte Religion als ewig fremd und als „niemals Teil der Kultur und Geschichte des Landes“ abqualifiziert wird, oder wenn Musliminnen und Muslime kollektiv als „Ausländer“ dargestellt werden.
- Es wird kollektiver Neid gegen Musliminnen und Muslime geschürt: etwa, wenn Musliminnen und Muslime als privilegierte Personen präsentiert werden, die sich nicht an alle Gesetze halten müssten.
- Negative Phänomene wie Antisemitismus werden auf Musliminnen und Muslime reduziert und Musliminnen und Muslime als einzige kollektiv mit besonderen Maßnahmen bedacht: etwa, wenn Antisemitismus ausschließlich und pauschalisierend an Musliminnen und Muslimen festgemacht wird und gefordert wird, dass „alle Muslime (und ausschließlich Musliminnen und Muslime), die nach Österreich kommen“ zu einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen verpflichtet werden sollen.
- Religionszugehörigkeits-Zählungen werden durchgeführt, um die Bevölkerung zu spalten, Bedrohungsbilder zu kommunizieren und gegen Musliminnen und Muslime aufzuwiegeln: etwa, wenn alleine das Vorhandensein von Musliminnen und Muslimen und/oder die Zunahme der Anzahl an Musliminnen und Muslimen ohne weitere Begründung per se als

etwas Negatives, Gefährliches oder Skandalöses dargestellt wird, oder das Bundesheer rhetorisch in Stellung gegen die in Österreich lebenden Musliminnen und Muslime gebracht wird.

- Jegliche religiöse Praxis von Musliminnen und Muslime wird pauschal und undifferenziert als Bedrohung für die Sicherheit dargestellt: etwa, wenn das Begehen regulärer muslimischer Feiertage auf eine Stufe mit „Gefährdern“ gestellt wird, oder jegliche Gebetshäuser für Musliminnen und Muslime (und nur Gebetshäuser für Musliminnen und Muslime) pauschal als Bedrohung markiert werden.
- Freiräume zur Ausübung von Religion werden ausschließlich bei Musliminnen und Muslimen pauschal abgelehnt: etwa, wenn religionsbezogene freie Tage für Schulkinder ausschließlich in Bezug auf muslimische Kinder abgelehnt werden, aber nicht für Kinder, die anderen Konfessionen angehören.
- Antimuslimischer Rassismus wird verteidigt oder pauschal verleugnet: etwa, wenn vergangene antimuslimisch-rassistische Vorfälle und Kampagnen verharmlost, umgedeutet oder verteidigt werden, oder wenn generell verleugnet wird, dass es so etwas wie „Fremdenfeindlichkeit gegen Musliminnen und Muslime“ überhaupt gibt.

Nur Spitze eines Eisbergs

Wir haben darauf geachtet, nur solche Fälle in die vorliegende Dokumentation aufzunehmen, bei denen die antimuslimisch-rassistische Tendenz eindeutig erkennbar ist. Fälle, bei denen in der Rhetorik oder der Bildsprache die Tendenz in Richtung antimuslimischer Rassismus naheliegend, aber nicht eindeutig waren, wurden nicht aufgenommen. Darüber hinaus sind in die Dokumentation ausschließlich Vorfälle und Kampagnen aus der österreichischen Spitzenpolitik und nicht aus der Lokalpolitik eingeflossen. Daher sei an dieser Stelle nachdrücklich betont, dass es sich bei den dokumentierten Fällen lediglich um die Spitze eines wesentlich größeren Eisbergs an antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik handelt.

Fehlende Konsequenzen von antimuslimischem Rassismus

SOS Mitmensch hat auch die Konsequenzen von antimuslimischem Rassismus in der Spitzenpolitik beobachtet. Beunruhigende Tatsache ist, dass im Jahr 2019 das Betreiben von antimuslimisch-rassistischen Kampagnen für keine/n der involvierten Politiker/innen negative Konsequenzen hatte. Kein/e Akteur/in musste zurücktreten. Kein/e Akteur/in wurde aus einer Partei ausgeschlossen. Kein/e Akteur/in wurde persönlich von der Bundesregierung oder von Landesregierungen kritisiert. Kein/e Akteur/in hat im Nachhinein Reue gezeigt oder sich entschuldigt. Lediglich der ehemalige FPÖ-Politiker Johann Gudenus wurde nach einer Klage der Stadt Wien von einem Gericht dazu gezwungen, die falsche Behauptung, „Wien verleihe hunderten Muslimen in nur drei Monaten die österreichische Staatsbürgerschaft“ als „unwahr“ zu widerrufen. Doch auch dieser gerichtlich erzwungene Widerruf bezog sich nicht auf den antimuslimisch-rassistischen Charakter der Äußerung, sondern lediglich auf deren unwahren Gehalt.

Spitzenpolitik sendet keine Signale zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus

Besorgniserregend ist darüber hinaus, dass in Österreich von Seiten der verantwortlichen Spitzenpolitik bislang keine klaren Handlungen zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus gesetzt wurden. Dabei ist antimuslimischer Rassismus – so wie andere Formen des Rassismus und der Diskriminierung auch – ein gefährliches gesellschaftszerstörendes Phänomen. In einer Gesellschaft, die auf Demokratie und Menschenrechten fußt, muss antimuslimischer Rassismus geächtet und bekämpft werden. Bei dieser Aufgabe kommt den

politischen Institutionen und gewählten Politikerinnen und Politikern eine besondere Verantwortung zu, die bislang nicht ausreichend wahrgenommen wurde.

Auf Grundlage des vorliegenden Berichts fordert SOS Mitmensch:

- Der Kampf gegen antimuslimischen Rassismus muss politische Chef- und Chefinnen-Sache werden, genauso wie auch der Kampf gegen andere Formen des Rassismus und der auf die Religionszugehörigkeit oder Nichtreligionszugehörigkeit abzielenden Spaltung, Hetze und Diskriminierung.
- Alle Mitglieder der Bundesregierung, der Landesregierungen sowie alle Vorsitzenden der im Parlament und in den Landtagen vertretenen Parteien müssen ein klares Bekenntnis abgeben, dass Musliminnen und Muslime, genauso wie Angehörige anderer Religionsgemeinschaften und Menschen ohne Religionsbekenntnis, ein wichtiger Bestandteil Österreichs sind und antimuslimischer Rassismus ebenso wie andere Formen des Rassismus und der Diskriminierung klar abzulehnen sind.
- Die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen, unabhängig von Religionszugehörigkeit oder Nichtreligionszugehörigkeit, müssen von allen politischen AkteurInnen als Grundwerte unserer Demokratie anerkannt werden.
- Jegliche Forderung nach kollektiver Ausgrenzung, Entrechtung oder Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen muss von allen demokratisch gesinnten Parteien und Politikerinnen und Politikern scharf zurückgewiesen werden.
- Jegliche Kampagne, die kollektiv gegen Musliminnen und Muslime aufwiegelt und aufhetzt, muss von allen demokratisch gesinnten Parteien und Politikerinnen und Politikern scharf verurteilt werden.
- Es braucht eine von der Bundesregierung anerkannte Definition von antimuslimischem Rassismus. Dazu sollte raschestmöglich eine Arbeitsgruppe installiert werden. Die Definition, die im vorliegenden Bericht von SOS Mitmensch verwendet wird, kann als Grundlage für die Erarbeitung einer von der österreichischen Bundesregierung und maßgeblichen österreichischen Institutionen anerkannten Definition dienen.
- Antirassistische Grundwerte müssen in Bildungsprogramme für junge Menschen ebenso wie in Bewusstseinskampagnen für Erwachsene einfließen.

Für SOS Mitmensch ist klar: Wir brauchen in Österreich mehr Bewusstsein und Sensibilität gegenüber zerstörerischen Ideologien der Ausgrenzung und Spaltung. Es braucht eine Immunisierung gegen die wiederkehrenden Versuche, Feindbild- und Sündenbockideologien wieder salonfähig zu machen.

Es darf kein Schweigen und kein Wegschauen mehr geben, weder bei antimuslimischem Rassismus noch bei Antisemitismus noch bei anderen Formen des Rassismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Österreich braucht eine breite, starke und von Politik, Medien und Zivilgesellschaft unterstützte und geförderte Gegenbewegung gegen jede Form des Rassismus.

Weitere Informationen: www.sosmitmensch.at